

LINOTYPE
Gebrüder Zacher

NEWS, NEUIGKEIT, NOVITÀ,
NOUVELLE, NYHET,
NOWINA, NOVIDADE,
NIEUWS, HÖBOTB, NOVICA,
NOVEDAD, HABER, NYHED,
ÛJSÅG,

Neuigkeiten

Nachrichten des eev

eev-aktuell

Evangelischer
Erziehungsverband
in Bayern e.V.

Impressum

Den eev-aktuell erhalten:

- Alle dem Evang. Erziehungsverband in Bayern e.V. angeschlossenen Rechtsträger
- Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit
- Alle bayerischen Jugendämter und Heimaufsichten
- Die Mitglieder der Arbeitskreise des Evang. Erziehungsverbandes in Bayern e.V.
- Interessierte Einzelpersonen

Der eev-aktuell wird herausgegeben vom Evangelischen Erziehungsverband in Bayern e.V., Fachverband im Diakonischen Werk Bayern, 90408 Nürnberg, Pirkheimerstr. 6; Geschäftsführer: Diakon Bernhard Zapf

Der eev-aktuell erscheint zweimal im Jahr. Jede Einrichtung des Verbandes, alle bayerischen Heimaufsichten und Jugendämter erhalten pro Ausgabe ein Exemplar kostenlos.

Weitere Exemplare können zum Bezugspreis von jährlich 6.- Euro incl. Versandkosten bestellt werden. Die Bestellung gilt zunächst für ein Jahr und verlängert sich, wenn das Abonnement nicht bis zum 15. Nov. des jeweiligen Jahres gekündigt wird.

Redaktionskreis:

Sabine Baumgarten, ehem. Leiterin der HPT im „Kastanienhof“, Kinder- Jugend- Familienhilfe Ansbach
Evi Grundner, Vorstand der Diakonie Hasenberg, München
Barbara Hering, Bereichsleitung der HPTs im Bezzelhaus Gunzenhausen
Andreas Hüner, Stellvertretender Gesamtleiter, Evangelische Kinder- und Jugendhilfe Feldkirchen
Günter Schmidt, 1. Vorsitzender des Vereins „Sonnenhof“ Verein für Bildung und Erziehung, Feuchtwangen
Bernhard Zapf, Referent für Jugendhilfe im Diakonischen Werk Bayern

„Hotline“ der Redaktion: Tel: 09852/1022

eMail: schmidt.guenter@eev-bayern.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von den Autoren/innen verantwortet.

Gestaltung: Günter Schmidt
Titelbild: Sabine Baumgarten

Infos aus den Einrichtungen, sowie Beiträge und Leserbriefe senden Sie bitte an:

Evangelischer Erziehungsverband in Bayern,
Redaktion eev-aktuell,
Pirkheimerstr. 6, 90408 Nürnberg,
Tel: 0911/9354-283 o. 284, Fax: 0911/9354-299

Inhalt

- 4 Editorial
- 5 Vertrauen ist das Ende von allem
- 7 Kommunikationsdefizit
- 9 Handbuch „Praktische Öffentlichkeitsarbeit in der Kinder- u. Jugendhilfe“
- 12 Geld her oder
- 14 Konzept für Öffentlichkeitsarbeit des eev erarbeitet
- 16 Aus dem Verband

Liebe Leserinnen und Leser,

noch nie hat uns ein Thema so überrollt, wie das der unbegleiteten Minderjährigen in diesem Frühjahr. Von Woche zu Woche stiegen die Zahlen der Neuankömmlinge und schnell wurde deutlich, dass die vorhandenen Kapazitäten in den Einrichtungen nicht ausreichen würden, um dem Ansturm gerecht zu werden. Wir stehen derzeit vor der großen Herausforderung, in kurzer Zeit die notwendigen Hilfseinrichtungen zu schaffen. Damit dies gelingen kann, ist ein enger Schulterschluss zwischen öffentlicher und freier Jugendhilfe notwendig. Der Vorstand des Evangelischen Erziehungsverbandes hat ein Impulspapier vorgelegt in dem die notwendigen Eckpunkte für eine Bewältigung der Herausforderung formuliert sind. Aus der Innensicht einer Einrichtung schildert Andreas Hüner, wo die Druckpunkte bei der Betreuung unbegleiteter Minderjähriger liegen. Erfreulich ist, dass auch der Landesjugendhilfeausschuss sich bereits zu dem brisanten Thema geäußert hat, und ebenfalls eine enge Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte als notwendig erachtet.

Überrascht hat uns die verhaltene Resonanz auf Anfragen zu unserem geplanten Titelthema „Öffentlichkeitsarbeit“. Nur wenige Ausbildungsstätten beziehen dieses Thema, entsprechend seiner Bedeutung

in Praxis in die Ausbildung mit ein. Letztendlich haben wir uns dann auf die Ressourcen unseres Spitzenverbandes besonnen und Daniel Wagner gebeten, einen Beitrag für unser Heft zu schreiben. Der Kommunikationsberater Christian Müller stellt die These auf, dass im sozialen Bereich die Notwendigkeit von Öffentlichkeitsarbeit nicht wirklich gesehen wird. Wir sind gespannt, ob sich daraus eine fruchtbare Diskussion ergibt. Interessant sind die Vorschläge für ein Konzept der Öffentlichkeitsarbeit für den eev, das eine Seminargruppe des Masterstudienganges „Medien – Ethik – Religion“ an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg erarbeitet hat.

Insgesamt ist derzeit sehr viel Bewegung im Verband, deshalb haben wir den Erscheinungstermin des Heftes in den Herbst verschoben, um die Ergebnisse der Mitgliederversammlung noch mit aufnehmen zu können. Der neue Vorstand wird jetzt seine Arbeit aufnehmen. Eine große Aufgabe wird es sein, die neubeschlossene Gremienstruktur des eev nun auch mit Leben zu füllen und umzusetzen. Dabei ist der Vorstand auf die Rückmeldung und tatkräftige Unterstützung der Mitglieder des Verbandes angewiesen. Nur gemeinsam wird es gelingen, den Evangelischen Erziehungsverband in Bayern fit zu erhalten, künftigen

Herausforderungen im Feld der Jugendhilfe auch weiterhin kraftvoll begegnen zu können.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, einen guten Start in das neue Schuljahr.



Vertrauen ist das Ende von allem

Öffentlichkeitsarbeit ist Beziehungsarbeit

Daniel Wagner, Diakonisches Werk Bayern, Nürnberg

Es ist schon einige Zeit her, dass die Deutsche Bank mit dem Claim „Vertrauen ist der Anfang von allem“ warb. Mittlerweile erbringt sie „Leistung aus Leidenschaft“, was sicherlich auch mit Öffentlichkeitsarbeit zu tun hat. Wenn es aber um die Frage geht, was Öffentlichkeitsarbeit leisten soll, dann kann die Antwort nur lauten: Sie will Vertrauen aufbauen, erhalten und stärken. Ein Satz, der im EEV sicherlich aus der eigenen Arbeit bekannt klingt. Tatsächlich ist Öffentlichkeitsarbeit in erster Linie das: Beziehungsarbeit mit den Gegenüber der eigenen Organisation, dem eigenen Verband, der eigenen Einrichtung.

Wäre damit – gerade einem Verband wie dem EEV – nicht schon alles gesagt? Wäre es. Denn die Regeln für die Beziehungsarbeit mit Stakeholdern (früher: „Zielgruppen“, dann, weil zu militärisch, auch gerne „Dialoggruppen“) von Verband und Einrichtungen sind im Wesentlichen jene, die auch für die Beziehungsarbeit mit Menschen gelten: Verlässlichkeit, Kontinuität, Verbindlichkeit, Aufrichtigkeit, Wertschätzung sind wesentliche Elemente einer Hal-

tung, die Beziehung ermöglicht. Dabei spielt es keine Rolle, ob mein Gegenüber ein Mensch oder ein Zeitungsredaktion ist. Auch die Zeitungsredaktion will sich darauf verlassen können, dass die Botschaften eines Verbandes verlässlich sind. Auch Journalisten wollen mit Respekt behandelt werden, insbesondere dann, wenn sie kritische Fragen stellen. Und insbesondere in Krisenzeiten erweist sich, wie tragfähig eine Beziehung ist, wie groß das Vertrauen der Beteiligten ineinander, sich auch in Krisen auf das Wort des Gegenübers verlassen zu können.

Damit sind bereits einige von dem benannt, was Öffentlichkeitsarbeit leisten sollte, es allzu oft aber leider nicht tut, sei es aufgrund mangelnder Ausstattung, sei es aufgrund fehlender Einsicht in die strategische Bedeutung. Denn freilich kann man sich fragen: Öffentlichkeitsarbeit – wozu überhaupt?

Vertrauen – braucht's das?

Auch wenn Begrifflichkeiten und Denkmodelle aus der sogenannten Wirtschaft im Raum der Diakonie hin und wieder immer noch mit Misstrauen beäugt

werden – ganz falsch sind sie nicht. Auch eine Einrichtung, die sich in einer gewissen Konkurrenz mit anderen Anbietern befindet, muss sich die Frage stellen: Nach welchen Kriterien werde ich, wird mein Angebot ausgewählt? Geschieht dies einzig über den Preis, spielt die Qualität meiner Leistungen eine Rolle, ist das Image entscheidend?

Soziale Dienste, die sich in Leistungsumfang und Preis nicht oder nur gering voneinander unterscheiden, haben in der Regel keine andere Möglichkeit als über ein Wertversprechen zu agieren und um ihre Kunden zu werben. Eingelöst wird dieses Wertversprechen zunächst primär durch die Qualität der eigenen Leistung. Freilich wird auch die Qualität der Leistungen nur bedingt helfen, sich von anderen Anbietern zu distinguieren. In der Regel ist diese mittlerweile meist vergleichbar, so dass als weiteres, oftmals einziges Unterscheidungsmerkmal das Vertrauen in die Marke bzw. in den jeweiligen Anbieter bleibt. Eine These, die jeder und jede recht leicht überprüfen kann: Ist erstmal einmal der Wagentyp und das Budget für ein neues Auto festgelegt, stellt man schnell fest,

dass die wesentlichen Merkmale der verschiedenen Kandidaten vergleichbar sind. Entscheidendes Kriterium wird dann der Satz: „Opel? Niemals“. Und prompt findet man sich am Steuer eines Ford wieder.

Gleiches gilt im Übrigen auch für einen Verband, der sich – idealerweise – ebenfalls intensiv fragt, was seine Kunden, in diesem Fall die Mitglieder, eigentlich von ihm erwarten, dessen Produkt weniger eine konkrete soziale Dienstleistung ist als vielmehr Meinungen, Haltungen und politische Positionen, die er erzeugt, verstärkt oder verhindert.

Vertrauen - wie's wächst

Vertrauensarbeit ist – siehe oben – sicherlich eine Kernkompetenz der Mitglieder des EEV. Und wie bereits angedeutet: Die Kriterien und Mechanismen, die in der Arbeit mit Stakeholdern gelten, sind die gleichen. Um einige zu nennen:

- Pressearbeit ist umso erfolgreicher, je kontinuierlicher sie ist. Dies bedeutet freilich nicht, dass jeder „umgefallene Sack Reis“ von einer Pressemeldung begleitet wird. Wer aber sich nur einmal im Jahr zu Wort meldet, läuft Gefahr, einfach ignoriert zu werden.
- Öffentlichkeitsarbeit ist umso erfolgreicher, je mehr sie dem Wertversprechen einer Organisation entspricht. Ein handgezeichnetes Logo steht einem millionenschweren Komplexträger ebenso wenig zu Gesicht wie der Flyer auf Büttenpapier für eine kleine Einrichtung der Jugendhilfe.
- Öffentlichkeitsarbeit ist umso erfolgreicher, je mehr sie auf die Stärken und Kernkompetenzen der eigenen Organisation setzt. Aber beachte: Es geht nicht nur um die Kompetenzen, die wir uns zusprechen, sondern auch um die

Wahrnehmung, die andere von uns haben. Eine Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe ist nicht die Instanz, auf die Medien hören, wenn es um Neuheiten auf der Spielwarenmesse geht. Auch wenn diese Einrichtung viel Erfahrung mit Spielzeug hat. Oder anders: „Schuster, bleib bei Deinem Leisten...“

- Öffentlichkeitsarbeit ist – natürlich – um so erfolgreicher, je professioneller sie geschieht. Vieles kann man lernen, und im Zweifelsfall gibt es (jedenfalls in Bayern) den freundlichen Landesverband, der nach Möglichkeit gerne weiterhilft.
- Der Erfolg von Öffentlichkeitsarbeit hängt auch von der entsprechenden Ausstattung mit Sach- und Personalmitteln ab. Aber auch hier gilt nicht automatisch „Viel hilft viel“. Was man macht, sollte man allerdings „g'scheit“ machen.
- Öffentlichkeitsarbeit ist immer Teil der strategischen Planung. Immer. Idealerweise wird bei jeder Entscheidung einer Einrichtung oder eines Unternehmens die Öffentlichkeitsarbeit mitbedacht: Was bedeutet die Entscheidung für unsere öffentliche Wahrnehmung? Gibt es irgendwelche Interessengruppen, seien es die Kostenträger, die Kirchengemeinde oder der Landesverband, die als relevante Teilöffentlichkeit besonders berücksichtigt werden müssen?
- Das Gegenüber, sei es am Tisch oder am Telefon, ist in der Regel ebenfalls ein Profi, dem ich nicht erklären muss, wie die Arbeit mit und in Medien funktioniert. Den Respekt, den ich für meine Arbeit mit Menschen erwarte, sollte ich auch den Mitarbeitenden in den Medien entgegenbringen. Auch das sind Profis, und sie wollen uns nur selten Böses.

- Gewachsenes Vertrauen hält auch eine Krise aus. Ein gut gepflegtes Netzwerk hält es aus, wenn die Informationen einmal – gut begründet – spärlicher fließen.
- Gewachsenes Vertrauen braucht Zeit. Und die kann man hier durchaus in Jahren messen. Regelmäßige, verlässliche Kontaktpflege sollte für die Öffentlichkeitsarbeit eine Selbstverständlichkeit sein.

Vertrauen steht darum durchaus am Ende der Öffentlichkeitsarbeit. Im Übrigen ist das durchaus ein Vertrauen auf Gegenseitigkeit. Denn auch Einrichtungen und Verbände können die Erfahrung machen, dass man sich auf die Medien, auf die Politik, auf „die“ Öffentlichkeit in bestimmten Situationen sehr wohl verlassen kann. Und das ist nicht die schlechteste Erfahrung.

Kommunikationsdefizit –

Mangelnde Öffentlichkeitsarbeit im Sozialbereich

Christian Müller, Sozialpädagoge, Kommunikationsberater, Stuttgart

Der Artikel ist erstmals erschienen im Blog auf www.sozial-pr.net



Das geflügelte Wort “Tue Gutes und rede darüber” haben die meisten schon einmal gehört. Für Öffentlichkeitsarbeiter und PRLer ist dieser Satz praktisch die Überschrift, unter der ihre Arbeit steht. Sicher, es gibt auch Negativ-Beispiele bei denen Schlechtes nur gut verkauft wird, doch gute Öffentlichkeitsarbeit braucht immer gute Leistungen und gute Ergebnisse als Basis. In keinem Arbeitsbereich sollte der eingangs erwähnte Satz so selbstverständlich sein wie im Sozialbereich. Denn fast alle Aufgaben und Tätigkeiten in diesem Bereich haben das Ziel, benachteiligte und hilfsbedürftige Menschen auf die eine oder andere Art zu unterstützen und ihnen ein möglichst selbstbestimmtes und erfülltes Leben – in manchen Fällen auch das Überleben – zu ermöglichen. Eine optimale Basis für Öffentlichkeitsarbeit, so scheint es. Doch der Schein trügt, denn der Sozialbereich hat ein massives Kommunikationsdefizit und eine mangelnde Öffentlichkeitsarbeit.

Moment mal, wie passt diese Behauptung denn zu der Vielzahl an Plakaten und Fernsehspots von Unicef, Aktion Mensch, Brot für die Welt und anderen Hilfsorganisationen? Wird diese These nicht allein durch die Artikel von Pflegeheimen und Kindergärten entkräftet, die

immer wieder in Zeitungen und Wochenblättern erscheinen? Keineswegs, denn ich behaupte ja nicht, dass es keine Öffentlichkeitsarbeit gäbe. Diese hat jedoch noch viel Potential – um es freundlich zu formulieren. Die Ausrichtung und erste Maßnahmen sind bei vielen Einrichtungen bereits vorhanden. Zeitungen und Wochenblätter sind für Pflegeheime, Kindergärten, Werkstätten für behinderte Menschen und andere Einrichtungen wichtige Publikations- und Kommunikationsplattformen, keine Frage. Doch bevor nicht die grundlegenden Probleme des Sozialbereiches mit der Öffentlichkeitsarbeit gelöst sind, kämpfen Öffentlichkeitsarbeiter auf verlorenem Posten.

Das grundsätzliche Misstrauen

Ein Teil dieses Problems ist ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber Öffentlichkeitsarbeit. Dieses erklärt sich aus der Ausbildung und den Berufsbildern der sozialen Berufe. Egal ob examinierte Pflegekraft, Heilerziehungspfleger, Sonderpädagoge, Sozialpädagoge, Pflegehelfkraft, Erzieher oder Betreuungskraft, allen wird während der Ausbildung oder dem Studium ein Berufsbild vermittelt, das den Bewohner, Patienten oder Betreuten in den Mittelpunkt stellt.

Die gesamte Wissensvermittlung und alle Kenntnisse sind darauf ausgerichtet, bestmögliche Hilfestellung bieten und den Menschen unterstützen zu können. Das ist sinnvoll und notwendig, doch gleichzeitig klingt in vielen Ausbildungen und Studiengängen eine Abneigung gegen Arbeiten mit, die nicht direkt mit dem Menschen zu tun haben. In diese Kategorie fällt natürlich auch die Öffentlichkeitsarbeit. Dazu kommt, dass viele Mitarbeiter im Sozialbereich ein Klischee und Vorurteilbeladenes Bild von PRLern haben. Das klassische Klischee ist Ihnen sicherlich auch bekannt: Glatt und perfekt gestylt beschreibt der PR-Mitarbeiter die hässliche Realität mit wunderschönen Worten, bis alle Zuhörer die schlimmen Missstände vergessen haben. Zugegeben, das Bild ist etwas überspitzt, doch im Endeffekt läuft es darauf hinaus, dass PR-Mitarbeiter viel reden und doch nichts sagen. Vor allem sind sie nicht vertrauenswürdig, denn irgendwie verheimlichen sie immer etwas mit ihren geschliffenen Formulierungen. Sicher haben nicht alle Mitarbeiter im Sozialbereich dieses Bild, Ausnahmen gibt es immer. Doch viele misstrauen PRLern grundsätzlich, was sicher auch damit zusammenhängt, dass die allermeisten die Arbeit im PR-Bereich überhaupt nicht kennen. Dieses

grundsätzliche Misstrauen ist übrigens einer der Gründe, warum ich den Begriff des Öffentlichkeitsarbeiters gegenüber dem des PRLers bevorzuge.

Fehlendes Verständnis

Ein weiterer – vielleicht noch wichtiger – Grund für das Kommunikationsdefizit ist das fehlende Verständnis der Mitarbeiter für die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit. Von – sehr wenigen – Ausnahmen abgesehen erlebe ich immer wieder, dass Mitarbeiter im Sozialbereich auf die Frage “Wie macht Ihre Arbeit denn bekannt?” nur mit einem Schulterzucken reagieren. Öffentlichkeitsarbeit wird bestenfalls als nette Ergänzung, oft jedoch als lästig und anstrengend empfunden. Richtig ist, dass Öffentlichkeitsarbeit die eigentliche Sozial-, Pflege- und Betreuungsarbeit unterstützen sollte. Persönlich sehe ich die Öffentlichkeitsarbeit im Sozialbereich als wichtige Ergänzung, Unterstützung und Zuarbeit für die Mitarbeiter in der praktischen Sozialarbeit. Das ist logisch, denn ohne gute Arbeit in Pflegeheim, Krankenhaus, Kita oder Jugendeinrichtung hat die Öffentlichkeitsarbeit keine Grundlage. Doch das bedeutet nicht, dass sie weniger wichtig wäre als die Arbeit direkt am Klienten. Denn ohne eine gute Öffentlichkeitsarbeit ist es – bei dem heute herrschenden Konkurrenzkampf der sozialen Einrichtungen untereinander – sehr schwer bis unmöglich, dauerhaft wirtschaftlich zu arbeiten und genug Klienten und Rückhalt in der

Gesellschaft zu finden.

Den Aspekt der Wirtschaftlichkeit bringe ich hier ganz bewusst ein, denn das wirtschaftliche Denken ist vielen Mitarbeitern im Sozialbereich fremd. Dennoch ist wirtschaftliches Arbeiten unbedingt notwendig, wenn die Einrichtungen und deren Hilfsangebote dauerhaft bestehen sollen. Wenn eine Einrichtung auf Grund unwirtschaftlicher Arbeitsmethoden schließen muss, fallen auch die Hilfsangebote für die Klienten weg. Zudem sind dann auch die Arbeitsplätze der Mitarbeiter bedroht oder werden gestrichen. Dieser Zusammenhang ist den meisten Mitarbeitern nicht bewusst. Öffentlichkeitsarbeit allein kann die Arbeitsplätze zwar nicht sichern, leistet jedoch einen wichtigen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit einer sozialen Einrichtung.

Die gesellschaftliche Wertschätzung

Die Klagen über schlechte Löhne, zu lange Arbeitszeiten und eine generelle Arbeitsüberlastung im Sozialbereich und speziell in der Pflege tauchen jedes Jahr auf's Neue in den Massenmedien auf. Und auch wenn sich hier in den letzten Jahren einiges positiv verändert hat und die Veränderungen in die richtige Richtung gehen, Fakt ist: Soziale Berufe sind gesellschaftlich längst nicht so akzeptiert und erhalten nicht die Wertschätzung, die sie verdienen. Denn soziale Berufe unterstützen nicht nur hilfsbedürftige Menschen, sie stabilisieren

durch das Engagement der Mitarbeiter auch unsere gesamte Gesellschaft und das zu Grunde liegende Sozialsystem. Interessanterweise beklagen die meisten Mitarbeiter in sozialen Berufen die Missstände, können dann jedoch die Notwendigkeit der Öffentlichkeitsarbeit, die den Wert der Arbeit hervorhebt und die Leistung der Mitarbeiter sichtbar macht, nicht nachvollziehen.

Die Reise muss fortgesetzt werden

Eingangs hatte ich bereits erwähnt, dass der erste Schritt hin zu einer guten Öffentlichkeitsarbeit im Sozialbereich bereits getan wurde. Um im Bild zu bleiben: Der erste Schritt ist getan, jetzt muss die Reise fortgesetzt werden. Dazu gehören Schulungen der Mitarbeiter, eine transparente Kommunikation zwischen Öffentlichkeitsarbeit und den Mitarbeitern der sozialen Berufe, Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeiter – und Arbeiterinnen, versteht sich – durch die Leitungsmitarbeiter und Entscheidungsträger der Einrichtungen und Kostenträger im Sozialbereich. Es gibt natürlich auch andere wichtige Baustellen im Sozialbereich, doch ohne intensive Öffentlichkeitsarbeit werden sich die grundlegenden Bedingungen im Sozialbereich nicht verändern.

Christian Müller
Filderhauptstraße 147,
70599 Stuttgart-Plieningen
cm@sozial-pr.net
+49 176 6439 3578 269

Christian Müller, hat ursprünglich Sozialpädagogik an der BA Stuttgart – heute DHBW – studiert und ist dann über das Bloggen auf der Karrierebibel und seine Leidenschaft für Kommunikation und Social Media zur **Kommunikationsberatung** gekommen. Heute unterstützt er Unternehmen – primär KMUs und soziale Einrichtungen – bei ihrer Kommunikation, entwickelt Strategien und Konzepte für nachhaltigen Reputationsaufbau, hält Vorträge und Workshops zu seinen Themen und begleitet Freelancer und Bewerber auf dem Weg zum **Personal Branding**.

Neben der Kommunikationsberatung ist er auch im Bereich der **Mobile Videoproduction** tätig und produziert Videos für Unternehmen und Projekte. Dabei arbeitet er primär mit Smartphones als Kamera und schult auch Kommunikationsteams, freie Mitarbeiter, Blogger und Journalisten darin, qualitativ gute Videos mit Smartphone und Tablet zu erstellen.

Sowohl bei der Kommunikation als auch bei der Arbeit mit seinen Kunden sind Ehrlichkeit und Offenheit für ihn grundlegende Werte und Basis jeder Arbeit. Man kann ihn da gerne altmodisch nennen, doch für ihn gelten ein Handschlag und eine ernsthafte Absprache immer noch sehr viel und sind ihm oft wichtiger als ein ausgefeilter Vertrag.

Neben der Kommunikationsberatung ist er auch als Coach aktiv, die Informationen dazu finden Sie auf seiner Lebenskarriere-Seite. Und seine Technikleidenschaft lebt er bei Mobilegeeks und auf dem Chromebookblog aus.

Weitere Informationen auf www.sozial-pr.net

Handbuch „Praktische Öffentlichkeitsarbeit in der Kinder- und Jugendhilfe“

Die BAG Landesjugendämter hat vor zwei Jahren das Handbuch „Praktische Öffentlichkeitsarbeit...“ herausgebracht, aus dem wir freundlicherweise Auszüge veröffentlichen dürfen.

*Das Handbuch befasst sich mit zwei Grundthemen:
Zum einen mit der Öffentlichkeitsarbeit über die Medien, vor allem den Printmedien, zum anderen mit dem Umgang mit Krisen in der Öffentlichkeit.
Da in diesem Werk sowohl die Grundlagen als auch die Feinheiten sehr ausführlich und ausgesprochen praxisfreundlich beschrieben werden, möchten wir im Folgenden einige Auszüge aus den Texten und eine kurze Übersicht der Inhalte wiedergeben.*

Was ist eigentlich Öffentlichkeitsarbeit?

Die Frage ist nicht akademisch, sondern führt unmittelbar zur eigentlichen Frage: Wer macht Öffentlichkeitsarbeit? Wer soll sie machen? Die Antwort ist ebenso einfach wie kompliziert: alle. Immer dann, wenn eine Organisation Kontakt mit der Außenwelt hat, dann praktiziert sie automatisch auch Öffentlichkeitsarbeit. Jede Kommunikation nach außen ist Öffentlichkeitsarbeit! Dieser einfache Satz hilft, die Bedeutung von Öffentlichkeitsarbeit zu erkennen, aber er beantwortet nicht die Frage, wer für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist. Hier hilft eine wissenschaftliche

Definition. Öffentlichkeitsarbeit (die gleichzusetzen ist mit PR – Public Relations) ist: • die systematische Beziehungsarbeit einer Organisation, • mit ausgewählten Zielgruppen, • über Informations- und Kommunikationsangebote, • mit dem Ziel der Bekanntheit, des Vertrauens oder der Unterstützung.
Der wichtigste Aspekt dieser Definition steckt im Wort „systematisch“. Eine systematische Beziehungsarbeit bedeutet, dass nichts dem Zufall überlassen wird. Oder in anderen Worten: Öffentlichkeitsarbeit ist Chefsache. Der Wille zur systematischen Kommunikation muss von der Organisationsleitung ausgehen. Auch die Frage, wie man mit der Außenwelt in Verbindung tritt (Wie sieht das Corporate Design aus? Gibt es eine ausführliche Internetseite? Welches Selbstbild hat die Organisation? Wer informiert wann die Presse über was?) muss von der Führungsebene festgelegt werden. Ebenso wie die Frage, wer die Öffentlichkeitsarbeit operativ übernimmt. ...
... Die Informations- und Kommunikationsangebote sind vielfältig: Von der klassischen Pressearbeit über das sogenannte Mission Statement (Wofür steht

eigentlich unsere Organisation?) bis zur Beilage in einer Zeitschrift. Wichtig ist dabei nicht nur, die eigenen Ressourcen im Blick zu haben, sondern auch die Zielsetzung. (Wer macht was und warum überhaupt? Wie viel Zeit und Geld kann investiert werden?). Mit der Frage nach der Zielsetzung sind wir wieder am Anfang. Denn diese Frage stellt sich nicht nur bei den ganz konkreten Maßnahmen, ... sondern sie stellt sich auch an den Anfang jeglicher Öffentlichkeitsarbeit. Was will die Organisation mit allen Kommunikationsmitteln und Botschaften erreichen? Wie will sie wahrgenommen werden? Über diese Frage muss von der Leitung der Organisation nachgedacht werden – noch bevor konkrete Aufgaben verteilt werden. ...

Die wichtigsten Regeln:

- PR-Arbeit ist Beziehungsarbeit: Und Beziehungsarbeit benötigt Zeit und Ausdauer.
- PR-Arbeit ist Schreibearbeit: Und Schreibearbeit benötigt Übung und nochmals Übung.
- PR-Arbeit ist mit Kosten verbunden: Kalkulieren Sie ihre Aktionen deshalb immer durch.

- PR-Arbeit kann mit üblichen Controlling-Szenarien nicht gemessen werden, nur mittelbar.
- PR-Arbeit muss die Multiplikatoren erreichen, die Medien, und über sie die Öffentlichkeit.

Organisatorische Voraussetzungen

Ihre Kontaktpartner bei der Presse wollen eindeutige Strukturen vorfinden. Definieren Sie diese Strukturen deshalb gleich zu Beginn Ihrer Arbeit:

- Sie sind der einzige definierte Ansprechpartner für die Medien. Verbreiten Sie diese Tatsache intern an alle Kolleginnen und Kollegen, sowie extern an alle relevanten Medien. ...
- Sie sind möglichst jederzeit zu erreichen. Hinterlegen Sie bei den Medien Ihre Kontakt- daten: Namen, Funktion, Adresse, Telefon, Telefax, Handy, Email. Ihre Post und Telefaxe sollten Sie täglich in Empfang nehmen können. Emails rufen Sie täglich aus Ihrem Postfach ab.
- Sie reagieren zeitnah auf Medienanfragen, in der Regel innerhalb von 24 Stunden. ...
- Sie liefern verlässliche Informationen.

Handlungsarten der PR-Arbeit

Aktive PR – Sie streuen Themen selbst, Reaktive PR – Sie reagieren auf Trends, Überblick über PR-Instrumente, ...

Wie kommt die Nachricht in die Medien?

Gradmesser Nachrichtenwert, Produktive Werte, Kontraproduktive Werte

... Das von Ihnen gewählte Thema muss die Neugier sowohl des bearbeitenden Journa- listen, als auch des Medienrezipienten, also zum Beispiel des Lesers wecken. Dies ist nicht unbedingt dasselbe, obwohl viele Menschen glauben, dass in der Zeitung genau jenes steht, wofür man sich als Leser auch interessiert. Journalisten werden in der einschlägigen Fachwissenschaft als so genannte Gate-Keeper (in deutsch: der Torwächter) bezeichnet. Denn alle in eine Redaktion

eingehenden Nachrichten werden von diesem Gate-Keeper begutachtet, bewertet und schließlich ausgewählt. Die Deutsche Presseagentur dpa und verschiedene andere Nachrichten-agenturen liefern zum Beispiel für die überregionalen Seiten einer Tageszeitung mehrere hundert Meldungen und Nachrichten täglich. Selten werden davon mehr als 5 Prozent in der Zeitung auch weiterverarbeitet, bzw. gedruckt. Rund 95 Prozent aller Agentur-Berichte fallen durch das berühmte Raster. An ihnen hatte der Journalist aus bestimmten Gründen kein berufliches Interesse.

Wie Redaktionen Partner werden!

Professionalität und Neutralität schaffen Vertrauen, Pressekontakte aufbauen, ...

... Es gibt eine einfache Regel: Zufriedene Journalisten schreiben besser.

Je umfassender Journalisten mit guten Infos versorgt werden, desto effektiver können sie arbeiten, desto schneller werden sie fertig. Je klarer und übersichtlicher zum Beispiel die Unterlagen für eine Pressekonferenz sind, desto besser wird der Medienbeitrag später ausfallen, und desto dankbarer ist Ihnen ein Journalist auch persönlich, auch wenn darüber in der Regel nicht gesprochen wird. ...

...Im Gespräch dürfen Sie keine Besserwissereien andeuten, nur Hilfestellungen: „Wenn es Ihnen hilft, dann können wir den fertigen Bericht gerne noch einmal gemeinsam durchgehen.“ Das klingt viel besser wie „Ich würde den Artikel gerne lesen, bevor Sie ihn drucken“. Grundsätzlich gilt: Fehler vermeidet man am besten durch eindeutige Sachinformation. Etwas anders ist es bei Interviews, in dem Sie auf direkte Fragen auch direkte Antworten geben. Hier ist es statthaft und gleichzeitig professionell, wenn Sie dieses Interview nach der Texterstellung noch einmal lesen möchten. Dies müssen Sie allerdings dem Journalisten vorher sehr direkt sagen. „Ich möchte das Interview vor dem Abdruck bitte nochmals lesen und freigeben.“ Auf

seine Frage nach dem „Warum?“ argumentieren Sie am besten mit der Komplexität des Themas und möglichen Berührungen mit Persönlichkeitsrechten oder mit Namen und Funktionen, die Sie nochmals überprüfen möchten.

Einer Print- Redaktion zuarbeiten

Texte, Fotos gut aufbereiten, Form gut aufbereiten, Schreiben mit System

Schreiben nach Plan

Die Idee, Die Recherche, Die Personen, Die Fakten, Der Aufbau

Schreiben wie Profis

Die Zielgruppe festlegen, Die Inhalte und Textmenge festlegen, Zum guten Stil,...
Entscheidung wer, was, wie,... Die Pressemappe,...

Die alte Welt – Radio und TV

Das Denken in Kästchen – Sendezeit, Das Denken in Sekunden, Das Denken in Bildern – talking heads , Das Denken in Worten – Interview, Das Denken setzt aus – Krisenfall

Die neue Welt – Das Internet

Das Internet beliefern, Internetredaktionen klassischer Medien, Echte Internetredaktionen, Blogger, Die eigene Website,...

Die neue Macht– Facebook und Co.

Nutzung von Social Communities , Funktionen und Risiken von Social Communities, ...

Krisen und deren Wahrnehmung

Die öffentliche Wahrnehmung von Krisen ist immer abhängig vom unterschiedlichen Wissen des Einzelnen, der Gesamtheit dieser Individuen, sowie deren unterschiedlichen Weltbildern. Das klingt jetzt zwar sehr wissenschaftstheoretisch, wird aber nachfolgend spürbar konkreter.

Die Laienwahrnehmung

Laien im Mediensinne sind die Konsumenten einer Nachricht. Diese

Laien orientieren sich in der Krise in der Regel am sogenannten Alltagsverstand. Im Falle eines Risikos folgen Laien also eher ihren Befürchtungen, und suchen Hilfe bei Bezugsgruppen und Meinungsführern. Denn der Laie vermutet hinter jedem Risiko und jeder Krise, ein noch höheres Risiko, und eine noch größere Krise. Sehr oft hängt diese Einschätzung mit einem Mangel an Information zusammen; sowie einem Mangel an Vertrauen gegenüber den Verantwortlichen des Krisengeschehens.

Die Expertenwahrnehmung

Experten im Mediensinne sind die Informationsgeber einer Nachricht. Jene Menschen also, die zu einem Thema eine fachliche Meinung haben bzw. von Berufs wegen diese Erfahrung besitzen. Die Expertenwahrnehmung in einer Krise orientiert sich dabei an Autoritäten und nüchternen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Die Expertenwahrnehmung versucht fast immer, das aktuelle Risiko um jene populistischen Faktoren zu reduzieren, die für das Thema wissenschaftlich nicht relevant sind. Sehr oft wird von den Experten dabei die Laienwahrnehmung vernachlässigt. Experten argumentieren gerne vernunftorientiert und sind dadurch nicht in der Lage, den Laien ihre Angst zu nehmen. Laien und Experten verhalten sich in Krisensituationen demzufolge genau gegensätzlich. Dies ist eine extrem wichtige Erkenntnis. Denn in Krisensituationen sind die Experten meist die Verantwortlichen der Krise. Die Laien hingegen – die allgemeine Öffentlichkeit –, sind aber die Betroffenen, und erwarten deshalb schnelle und ehrliche Hilfe.

... Was aber will die Presse in Krisenzeiten? Sie will, was die Öffentlichkeit auch will: Schnelle und ehrliche Antworten; und möglichst viele Details zum Geschehen. Diese Antworten und Details muss ein Krisenkommunikator nun besorgen. Nicht morgen oder übermorgen oder gar noch später, sondern heute, gleich und sofort. Was zwangsläufig heißt, dass Sie alles, was schon zusammen getragen wurde, und was Erklärungen bietet,

auch öffentlich preisgeben. Das schließt ebenso zwangsläufig mit ein, dass Sie keine Fragen beantworten können, auf die Sie keine Antwort haben. Das klingt zwar banal, ist aber ehrlich. Und Ehrlichkeit ist in jeder Krise der zentrale Maßstab.

Krisen und ihr Management

In einer Krise gibt es verschiedene Phasen der öffentlichen Wahrnehmung. Die Krisenorganisation muss in jeder dieser Phasen offensiv reagieren, um ihre Glaubwürdigkeit zur Bewältigung des Problems – und damit die Vermeidungskompetenz für zukünftige Krisen – nachzuweisen.

Phase 1 – erste öffentliche Aufmerksamkeit (1 bis 3 Tage)

- intern: alle zentralen Informationen werden recherchiert und aufbereitet. Krisenstab wird sofort eingerichtet. Expertenrunden werden etabliert.
- extern: spontane publizistische Aktivitäten starten. Betroffenheit und Ernsthaftigkeit der Krisenbewältigung kommunizieren.

Phase 2 – hohe Aufmerksamkeit (3 bis 7 Tage)

- intern: alle Hintergrundinformationen werden recherchiert und aufbereitet. Bisheriger Krisenverlauf wird analysiert und der Krisenplan angepasst.
- extern: Hintergrundinformationen publizieren. Akute Lösungsvorschläge ansprechen und zeitnah umsetzen.

Phase 3 – nachlassende Aufmerksamkeit (5 bis 14 Tage)

- intern: Zusatzinfos werden recherchiert und dauerhafte Lösungsvorschläge vorbereitet. Krisenverlauf wird final analysiert und die Krise aufgearbeitet und dokumentiert.
- extern: dauerhafte Lösungsvorschläge kommunizieren und umsetzen. Verlässlichkeit versprechen und nachweisen. Alle Betroffenen der Krise offensiv unterstützen.

Krisen und Botschaften

Oberste Krisenregel: Wer schweigt, hat unrecht.

Keine Krise ist mit der anderen vergleichbar. Aber: Die Reaktionen der Presse gleichen sich immer wieder, weshalb sie in gewisser Weise vorhersehbar sind.

... Fahrlässige Ausreden

Die Psychologin Astrid Schütz hat in einer wissenschaftlichen Untersuchung sechs Ausrede-Typen differenziert, wie sie vor allem von Politikern und Unternehmen in Krisenzeiten benutzt werden. Über die Qualität dieser Ausreden muss wohl nicht wirklich diskutiert werden. Diese Ausreden untergraben sowohl die personelle Kompetenz, als auch die fachliche Kompetenz jeder Organisation, und sind in gewisser Weise lächerliche Offenbarungseide und im Grunde sogar rufschädigend.

- Das Leugnen – Das Ereignis hat gar nicht stattgefunden.
- Das Umdeuten – Das Ereignis ist nicht negativ zu bewerten.
- Die Verantwortung ablehnen – Wir haben das Ereignis nicht ausgelöst.
- Die Schuld ablehnen – Wir konnten gar nicht anders handeln.
- Die Folgen negieren – Wir haben das Ereignis ausgelöst, aber ohne negative Konsequenzen.
- Die Abwertung der Kritik – Die Medien schaukeln das Ereignis künstlich hoch. ...

Weitere Themen sind:

- **Krisen und die Medien**
- **Der Krisenkommunikationsplan**
- **Der Medien- bzw. Presseverteiler**
- **Presserecht und Grundgesetz**
- **Informationsanspruch der Presse**
- **Formblätter**
- **Buchtipps**

Zum Abschluss der Link zum Download:

[www.bagljae.de/Broschüren und Materialien](http://www.bagljae.de/Broschüren_und_Materialien).

Geld her oder.....

Eine unendliche Geldgeschichte oder wie funktioniert Geldmittelakquise

Angela Weiß, Referentin Förderwesen, Diakonisches Werk Bayern

Antragsteller und Geldgeber verfolgen das gleiche Ziel. Der Antragsteller will dem Geldgeber Geld entlocken und der Geldgeber will es geben. Eine Win-Win-Situation also. Bestens. Ende gut. Alles gut. Und schon sind alle zufrieden. „Und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute.“ Wenn es so leicht wäre, dann gäbe es blühende Förderlandschaften und nur zufriedene Antragssteller und Geldmittelgeber. Selbst wenn der Eine Geld möchte und der Andere es geben will, steht zwischen den beiden eine Idee, ein Projekt, ein Antrag, ein Verwendungsnachweis, eben im schlimmsten Fall zwei Welten.

Was ist passiert? Eine Einrichtung hat vielleicht schon seit Jahren einen Gedanken verfolgt, der mit der Zeit richtige Formen angenommen und sich als Projekt in den Köpfen der Verantwortlichen manifestiert hat. Die Zielgruppe ist definiert, die Ziele festgelegt, Partner sind gefunden, der Geschäftsführer und der Vorstand haben sich auch für das Projekt erwärmt. Die Kosten werden aufgestellt – manchmal jetzt erst zum ersten Mal. Es kann begonnen werden, wenn das Geld dafür zusammengebracht ist. Oh weh, jetzt wird es unangenehm. Ein Geldgeber muss her. Möglichst schnell, möglichst ohne viel Aufwand. Das ist unsere Kontonummer und „her mit der Marie“.... „wir machen ein gute

Arbeit“.... Das Projekt ist durchdacht, von unseren Spezialisten geprüft

Die anfangs lockere, später immer nervigere Suche nach Drittmitteln beginnt.

Jetzt beginnen die Fragen und damit die eigentliche Arbeit. Der Geldgeber will wissen, ob der, dem er Geld anvertrauen will, auch damit umgehen kann und es im Sinne seiner Richtlinien an Menschen gegeben wird, die es brauchen. Der Geldgeber wird sich über Sie informieren. Nichts leichter als das. Einmal gegoogelt und Informationen aus dem Internet bezogen. Hier werden gute und schlechte Seiten entlarvt. Sind sie in Skandale verwickelt und präsentieren sie sich kompetent und engagiert – bei der Antragstellung, aber auch im Internet oder in der Presse. Auch für den Antragsteller empfiehlt es sich, sich zu informieren, Internetseiten zu studieren, die Richtlinien zu lesen oder sich Referenzprojekte anzusehen.

Wer miteinander arbeiten will, sollte sich kennen und Vertrauen zueinander aufbauen - gerade wenn es um Geld geht.

Vom Antragsteller wird erwartet, dass er sich in kurzen knappen, sehr verständlichen Worten darstellen kann und seine Einrichtungen und Arbeitsfelder auch mit Zahlen belegen kann. Idealerweise

nach Vorgaben des Geldmittelgebers. Eine Aussage, wie – siehe Organigramm, siehe Anlage, siehe Schreiben vom... ist wenig hilfreich, denn sie setzt voraus, dass beim ersten Lesen des Antragsformulars schon wieder weitere Unterlagen bereit liegen müssen. Konzeptionen mit vielen Bildern sind nett anzusehen, verärgern aber den Fördermittelverwalter eher, weil er den Punkt suchen muss, auf den der Antragsteller kommen sollte. Denken sie daran, wie genervt sie selber sind, wenn am Telefon ewig von einer Umfrage geredet wird und sich nach 10 Minuten herausstellt, dass der Telefonpartner doch nur eine Versicherung verkaufen will.

Vorhabenbeschreibungen erleichtern eine Antragstellung sehr und werden von immer mehr Geldmittelgebern als Formular zur Antragstellung genutzt. Vorhabenbeschreibungen können eine Konzeption ersetzen, müssen aber nicht. Es will aber wohl überlegt sein, wie einzelne Fragen ausgeführt werden. Wenn Fragen ähnlich scheinen, haben Sie jetzt Gelegenheit sich ansprechend von verschiedenen Seiten zu präsentieren und intelligent sich scheinbar wiederholende Fragen zu beantworten. Auf ähnliche Fragen immer gleich zu antworten, zeugt von wenig Einfallsreichtum. Gerade in den Vorhabenbeschreibungen wird deutlich wie engagiert ein Antragsteller

ist, wie bereit er ist, sein Projekt aus einer anderen Perspektive darzustellen.

Das Geld liegt auf der Straße und muss dennoch schwer verdient werden. Auch in modernen Zeiten gilt immer noch „Wer Geld gibt, gibt an“. Deshalb sind Grundsatzdiskussionen über Richtlinien wenig ergiebig. Vorteile erarbeiten sich Antragsteller, indem sie engagiert und

den richtigen Ton treffend Anträge schreiben, auf Änderungen schnell reagieren, nicht zu viele, aber doch genug wichtige Informationen platzieren, um sich als engagierten und kompetenten Partner einer Geldtransaktion zu beweisen. Dass dabei noch jeder Geldgeber andere Ansprüche an seinen Förderpartner stellt, muss man sportlich sehen. Je mehr Anträge ein Antragsteller schreibt,

umso mehr Übung bekommt er, sich auf unterschiedliche Rahmenbedingungen einzustellen. Und – der Erfolg ist gewiss ... und in barer Münze messbar.

Angela Weiß
Referentin Förderwesen
Diakonisches Werk Bayern

Ein (nicht ganz ernst gemeinter)10-Punkte-Plan für eine nachhaltige Veränderung des Ansehens Ihrer Einrichtung

1. Seien Sie am Telefon nur selten erreichbar, und machen Sie den Anrufernden durch Ihren Ton klar, dass Sie viel zu tun haben.
Beantworten Sie Ihre Mails nur sporadisch und mit zeitlichem Abstand - Sie haben schließlich Wichtigeres zu tun.
Ruf- und Mail- Umleitungen bei Abwesenheit machen nur zusätzliche Arbeit.
2. Behandeln Sie Anfragen der Medien mit Misstrauen und möglichst ablehnend - da ist schon viel Schlechtes geschrieben/ gesendet worden.
3. Kommen Sie zu Gesprächsterminen möglichst (zu) spät- nur so haben Sie die volle Aufmerksamkeit aller Beteiligten.
4. Vermeiden Sie in Ihrer Organisation/ Einrichtung eine angenehme Atmosphäre- es geht schließlich um die Sache.
5. Investieren Sie nur das Notwendigste in die Außengestaltung und Inneneinrichtung Ihrer Einrichtung- Äußerlichkeiten werden häufig überbewertet.
6. Informationen über Ihre Einrichtung dürfen nur sehr begrenzt und durch wenige befugte Personen herausgegeben werden.
7. Schriftverkehr sowie Stellungnahmen oder Berichte formulieren und gestalten Sie ausschließlich nach Ihren Vorstellungen und mit den entsprechenden Fachbegriffen- Sie sind die Fachkraft.
8. Machen Sie Ihren Mitarbeitenden schon beim Bewerbungsgespräch klar, dass bei Ihnen hart gearbeitet wird, und persönliche Angelegenheiten in der Einrichtung nichts zu suchen haben (siehe Punkt 4).
9. Praktikanten/innen sollen wissen, dass sie auch immer eine zusätzliche Belastung sind; Praxisbesuche der Ausbildungsstätten sind ein notwendiges Übel.
10. Für alle Mitarbeitenden muss klar sein, dass Öffentlichkeitsarbeit nur zentral von oben geleistet werden kann.

Konzept für Öffentlichkeitsarbeit des eev erarbeitet

Kooperation mit dem Studiengang „Medien - Ethik - Religion“ der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Günter Schmidt, Redaktion eev-aktuell

Im Frühjahr erreichte den Evang. Erziehungsverband die Anfrage eines Dozenten des Masterstudienganges „Medien-Ethik-Religion“ der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, ob der eev Interesse hätte, das derzeitige Konzept seiner Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen eines Seminars vorzustellen und von den Studierenden überprüfen zu lassen, mit dem Ziel, Vorschläge für eine konzeptionelle Weiterentwicklung zu erarbeiten. Der Vorstand des Erziehungsverbandes beschloss dieses Angebot zu nutzen, um dadurch Impulse für eine Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes zu erhalten. Als Mitglied des Arbeitsausschusses Öffentlichkeitsarbeit wurde Günter Schmidt beauftragt, die derzeitigen Maßnahmen und Zielgruppen der Öffentlichkeitsarbeit des eev im Rahmen des Seminars zu präsentieren.

Mit dieser Grundlage machten sich eine Arbeitsgruppe von Studierenden des oben genannten Studienganges an die Arbeit und entwickelten Vorschläge für ein optimiertes Konzept der Öffentlichkeitsarbeit des Evang. Erziehungsverbandes in Bayern. Zum Ende des Semesters im Juli, präsentierten die Studierenden nun das Ergebnis ihrer Arbeit.

Demnach sollten die Ziele der Öffentlichkeitsarbeit des eev sein:

- Beratung, Förderung und Unterstützung der dem Diakonischen Werk angeschlossenen Träger von Einrichtungen und Dienste der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe.
- Steigerung des Bekanntheitsgrades bei Politik, verbandsexterner Fachöffentlichkeit, Medien und Kirche, um Einfluss zu gewinnen
- Erhöhung der Teilnehmerzahlen bei den Fortbildungen

Diese Ziele sollen durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

Maßnahme 1: Aussagekräftiges Logo und Slogan entwickeln

z.B. „Evangelischer Erziehungsverband - ihr Expertenkreis für Erziehungsfragen“

Maßnahme 2: Stellungnahmen zu aktuellen Themen

Dies soll über einen regelmäßigen Newsletter und Pressemitteilungen erfolgen und allen Zielgruppen zugänglich gemacht werden, mit dem Effekt, den Verband bekannter zu machen.

Maßnahme 3: Optimierung der Homepage

Dies wird erreicht durch:

- Integration von Logo und Slogan
Hervorhebung des eev – Diakonie mehr in den Hintergrund
- Newsletteranmeldung auf der Startseite
- Zugriff auf aktuellen Newsletter auf der Startseite
- Aktuelle Termine auf der Startseite
- Hervorhebung der Menüleiste
- Platzoptimierung im Navigationsbereich

Maßnahme 4: Suchmaschinenoptimierung (Homepage Anm.)

Seo-Keywords ändern, um bei Suchanfragen in Suchmaschinen z.B. Google früher gefunden zu werden.

Maßnahme 5: Infopoints bei Großveranstaltungen

Infostand des eev bei Messen und Tagungen, bei denen Vertreter aus Politik und/oder Kirche anwesend sind

- Verteilung von Flyern und Programmheften
- Sammeln von E-Mailadressen für den Newsletter

z.B. auf der Consozial im November und auf der Landessynode im Frühjahr 2015, 15. bis 19. März 2015 in Bad Wörishofen

Maßnahme 6: Präsenz bei Fachtagungen / wissenschaftlichen Diskursen

- Gastvorträge bei relevanten Veranstaltungen
- Mitwirkung an Projekten
- Teilnahme an Expertenhearings
- Beteiligung an erziehungswissenschaftlichen Forschungsarbeiten bayerischer Hochschulen

Maßnahme 7: Neukonzeption der Zeitschrift „eev-aktuell“

- eev-aktuell durch ein Jahrbuch und einen aktuellen Newsletter ersetzen

Im eev-Jahrbuch die wichtigsten Vorträge und Ereignisse des Jahres sammeln und einmal im Jahr veröffentlichen.

Monatlicher Newsletter mit aktuellen Ereignissen und Themen

Maßnahme 8: Optimierung des Fortbildungsheftes

- attraktivere Präsentation mit Bildern und Farbe

Maßnahme 9: Direkte Kontaktaufnahme:

Medien:

- Kontaktaufnahme mit Redaktionen z.B. über Expertengespräche
- Bessere Ansprechbarkeit für die Presse

Politik und Kirche:

- Serienbrief mit Kurzvorstellung des Verbandes und seiner Angebote
- Kontaktperson benennen
- Angebot z.B. eines Parlamentarischen Abends oder Erziehungsfrühstücks

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen dazu beitragen, dass der Evangelische Erziehungsverband in Bayern als **der** kompetente Ansprechpartner in Fragen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird.

Sabine Baumgarten und Günter Schmidt, die für den eev bei der Präsentation anwesend waren, dankten den Studierenden und ihrem Dozenten für die umfangreiche Arbeit bei der Ausarbeitung des Konzeptes.

Interessant war dabei die Wahrnehmung und Bewertung der bisherigen Öffentlichkeitsarbeit durch die Studierenden, die den eev vorher nicht gekannt hatten. Ebenso interessant und bedenkenswert sind die Vorschläge, die die Studierenden erarbeitet haben.

Der neue Vorstand und der Arbeitsausschuss Öffentlichkeitsarbeit werden sich in den nächsten Sitzungen mit den vorgeschlagenen Maßnahmen befassen und deren Umsetzbarkeit auf dem Hintergrund der Veränderungen in der Verbandsstruktur prüfen.

Günter Schmidt

Liebe Leserinnen und Leser,

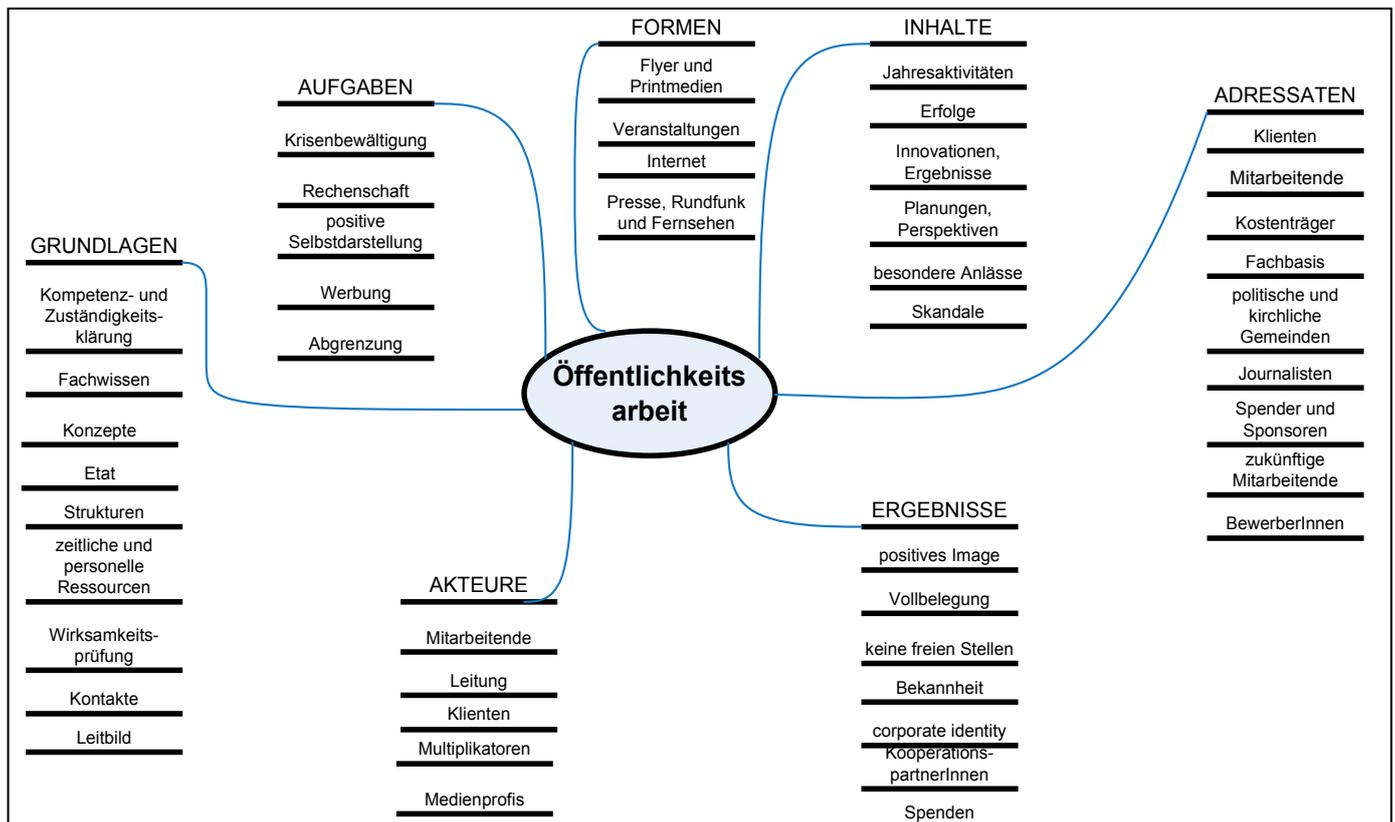
wie sich die Bilder gleichen (auf der nächsten Seite) - und doch nicht.....

Was in der Darstellung der Leitungsaufgaben als ein Punkt unter vielen anderen steht, wird bei genauerer Betrachtung - bei der Darstellung der Aufgaben in der Öffentlichkeitsarbeit - ein eigenes, umfassendes Betätigungsfeld.

„Wann soll ich das denn alles machen?“, eine berechtigte Frage im Alltag der sozialen Arbeit. Doch Öffentlichkeitsarbeit machen wir alle, jeden Tag. Im Kontakt mit Mitarbeitenden, KlientInnen, BesucherInnen und „offiziellen“ Stellen geben wir ein Bild unserer Einrichtungen, unseres Trägers nach außen.

Darüber hinaus gibt es andere Formen der Öffentlichkeitsarbeit, die wir in unserem Alltag punktuell brauchen: Werbematerial erstellen, Krisen kommunizieren, Interviews geben, Stellung beziehen – wir hoffen dass der eev Ihnen dabei Hilfestellung bietet.

Eva Grundner
Vorstand der Diakonie Hasenberg!



„Welchen Herausforderungen müssen sich freie Träger im Blick auf die pädagogische Begleitung und Betreuung unbegleiteter Minderjähriger stellen?“

Stellungnahme / Impulspapier des eev

Der ungebrochene Zuzug unbegleiteter Minderjähriger stellt öffentliche wie freie Träger zunehmend vor Herausforderungen und zwingt uns, uns darüber Gedanken zu machen, wie wir dieser Entwicklung, die sich noch über Jahre so weiter fortsetzen wird, mit guten Antworten begegnen wollen. Mit ein bisschen Integration und hier und da einen Platz der Betreuung zu schaffen, ist es schon lange nicht mehr getan. Aber selbst bei größter Motivation, Bereitschaft zu Mehrarbeit und spürbarer Solidarität unter der Mitarbeiterschaft sind wir an einem Punkt angelangt, an dem das Vorhaben „aus dem Ruder“ zu laufen droht.

Dabei wollen wir ausdrücklich positiv hervorheben, dass die Entscheidung, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge/ unbegleitete Minderjährige (UMF, UM) nach ihrer Ankunft sofort in Einrichtungen der stationären Kinder- und Jugendhilfe zu integrieren und durch diese die Erst- und Folgebetreuung zu gewährleisten, ein guter Schritt in die richtige Richtung ist. Damit wird deutlich, dass es EINE Jugendhilfe für alle Kinder und Jugendlichen geben muss, unabhängig von Geburts- oder Herkunftsland, Hautfarbe, Sprache oder Aufenthaltsstatus.

Es gibt erkennbare Anstrengungen der öffentlichen und freien Träger, dieser Herausforderung der Unterbringung und Betreuung einer beständig wachsenden Anzahl von flüchtenden Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden.

In der Betreuung und Versorgung unserer minderjährigen Flüchtlinge stoßen wir dabei allerdings immer wieder an Grenzen und auf Hindernisse, die uns diese Arbeit, in die wir uns als Fachkräfte auch hineinfinden müssen, zusätzlich erschweren. Wir wollen diese Schwierigkeiten und Hemmnisse im Folgenden klar benennen, immer verbunden mit der Hoffnung auf Unterstützung unserer Lösungsvorschläge. Für manche Frage, die sich in der Befassung mit dem Thema stellt, gibt es für uns noch keine Antwort. Wir wollen einen Beitrag leisten, dass Fragestellungen weiter aufgenommen und – wo möglich – beantwortet werden.

Zunächst beginnen die Schwierigkeiten bei der Suche nach einer geeigneten Immobilie bzw. geeignetem Wohnraum und zwar sowohl für Inobhutnahmestellen wie auch für alle nachsorgenden Wohnangebote, die ebenfalls dringend benötigt werden.

Für die freien Träger bedeutet dies eine Auseinandersetzung zu führen mit dem potentiellen Vermieter, den Nachbarn, dem Gemeinderat und dem Bürgermeister. Am Ende gelingt es häufig genug nicht, die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Betreuung junger Menschen, die auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung nach Deutschland gekommen sind, zu erreichen.

Wir wünschen uns die Unterstützung der öffentlichen und kommunalen Träger, um für die Etablierung einer offenen und interkulturellen Infrastruktur zu werben, von der alle profitieren könnten. Denn nur mit einer gemeinsamen Haltung können wir den Ängsten und Befürchtungen in der Bevölkerung begegnen.

Wenn es gelungen ist, eine passende Immobilie zu finden, stehen die freien Träger zunächst vor der Last der Anschubfinanzierung.

Hier gehen wir in eine wirtschaftliche und finanzielle Vorleistung, die bisher vom Staat leider noch zu wenig gewürdigt und refinanziert wird. Dies trifft die freien Träger umso mehr, als wir uns ohnehin nur in einem sehr engen Wirtschaftsrahmen bewegen können. Jede zusätzliche Finanzierung von Renovierung, Möblierung, Mietkosten trifft die freien Träger an einer empfindlichen Stelle. Dies trifft für die Ausstattung von Inobhutnahmestellen ebenso zu, wie für die Einrichtung neu etablierter nachsorgender Betreuungsangebote, beispielsweise im Bereich heilpädagogischer Wohngruppen, Verselbständigungsgruppen oder Betreutem Wohnen.

Wir wünschen uns wirtschaftliche Unterstützung aus Landesmitteln, die zusätzlich bereitgestellt werden sowie deutlich bessere Konditionen im Hinblick auf die Abschreibung getätigter Investitionen.

Parallel zur Suche und Ausstattung einer passenden Immobilie begibt sich der freie Träger auf die Suche nach geeigneten Fachkräften.

In Zeiten von schmerzlich erlebtem Fachkräftemangel ist dies eine zusätzliche Herausforderung. Hier stellen wir im Blick auf Personalbemessung und –schlüssel große Unterschiede in Bayern fest.

Wir wünschen uns mit Blick auf Personalbemessung und –schlüssel, dass es einen auskömmlichen, einheitlichen Stan-

dard gibt, wie dies in anderen Bundesländern schon praktiziert wird. Außerdem sähen wir es mit Blick auf den Fachkräftemangel zum einen und mit Blick auf die Bedarfe der zu betreuenden Kinder und Jugendlichen als vorteilhaft an, wenn wir uns auch anderen Professionen öffnen könnten.

Hat der freie Träger eine Immobilie und ein Team von multi-professionellen Fachkräften gefunden, das Verfahren der Betriebserlaubnis erfolgreich durchlaufen, kann er mit der Arbeit beginnen. Hier erleben wir an unterschiedlichen Stellen im Alltag Probleme, die gelöst werden müssen/ lösbar wären:

- **Medizinische Versorgung:**
Diese soll über die Gesundheitsämter vor Ort gewährleistet werden, was schon jetzt an Grenzen stößt. Die über die zuständigen Jugendämter zugeteilten Krankenscheine kommen teilweise – aufgrund von Überlastung – erst nach Wochen bei den betreuenden Einrichtungen an.

Aus unserer Sicht wäre es wichtig, Krankenhäuser und niedergelassene Hausärzte für die Arbeit zu gewinnen und entsprechend zu schulen.

Da ohne Krankenschein keine medizinische Abklärung erfolgen kann, bzw. diese zeitlich zu sehr verzögert wird, setzen wir uns deutlich dafür ein, hier die bürokratischen Hürden schnellstmöglich abzubauen.

Die in unseren Einrichtungen aufgenommenen größtenteils traumatisierten Kinder und Jugendlichen benötigen auch eine adäquate psychiatrische und traumatherapeutische Versorgung. Diese ist jedoch aktuell wenig vorhanden.

Aus unserer Sicht ist dringend geboten, mit Kinder- und Jugendpsychiatrien sowie niedergelassenen Kinder- und Jugendpsychiatern ins Gespräch zu kommen und Konzepte für die speziellen Bedarfe unbegleiteter minderjährige Flüchtlinge zu erarbeiten. Dieser Schritt kann differenzierte spezielle therapeutische Methoden ebenso umfassen wie die Einrichtung besonderer Abteilungen in Krankenhäusern.

- **Sprachliche Versorgung:**
Teilweise gelingt die Versorgung der freien Träger mit staatlich anerkannten Dolmetschern aufgrund der Überlastungssituation nur unzureichend, bzw. dauert die Zuteilung sehr lange. Mit diesen Dolmetschertätigkeiten sind zunächst lediglich die Anforderungen für behördliche Angelegenheiten erfüllt; im Alltag behelfen sich die Jugendlichen untereinander, was jedoch nur eine Notlösung sein kann.
Aus unserer Sicht ist es unabdingbar, mehr in die Dolmetscheraufgabe zu investieren bzw. auch Sprachmittler als geeignete Dolmetscher zu akzeptieren, um eine schnellere Versorgung vor Ort sicherzustellen.

- **Schulische Förderung:**
In vielen Kommunen sind die öffentlichen Schulen weder qualitativ noch quantitativ auf die Beschulung der unbegleiteten Minderjährigen eingestellt, was oft dazu führt, dass die Jugendlichen von der Schulpflicht „befreit“ werden, zum Teil bis nach Beendigung der Schulpflicht. Hier müssen geeignete Klassen in allen Schularten gebildet werden.

Wir wünschen uns hier eine größere Durchlässigkeit und Flexibilität des allgemeinen Schulsystems bei der Aufnahme und Beschulung unbegleiteter Minderjähriger und von Seiten der öffentlichen Träger bei der Gewährung finanzieller Mittel für intensive Deutschkurse, jenseits des schulischen Rahmens.

- **Fragestellungen zur pädagogischen Versorgung/ zu pädagogischen Konzepten:**

Die freien Träger sehen sich im Blick auf die pädagogische Versorgung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge mit einer Reihe von Fragestellungen konfrontiert.

Frage: Gelingt eine Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in einer reinen Flüchtlingsgruppe besser, oder sollten diese in bereits bestehende heilpädagogische oder therapeutische Wohngruppen integriert werden?

Frage: Wie müssen freie Träger ihre nachfolgenden Angebote im Rahmen von Verselbständigung oder Betreutem Wohnen anders konzipieren, um den besonderen Betreuungsbedürfnissen der jungen Flüchtlinge besser gerecht zu werden?

Frage: Sind unsere bisherigen pädagogischen Konzepte „eins zu eins“ auf die Fördernotwendigkeiten der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge übertragbar? Oder brauchen wir neue pädagogische Herangehensweisen?

Frage: Sind wir mit unserem bisherigen therapeutischen und interkulturellen Know-How gut vorbereitet auf die Ursachen, die zu Traumatisierungen der jungen Flüchtlinge vor und während ihrer Flucht geführt haben und haben wir hier fachlich passende Angebote?

Frage: Wie gelingt es uns, innerhalb kürzester Zeit junge Menschen aus unterschiedlichen Kulturen, mit sehr unterschiedlichem Bildungsniveau, dem für sie passenden Angebot an Alphabetisierungskursen bzw. Deutsch-Intensiv-Kursen zuzuführen, die es noch nicht flächendeckend an Schulen oder in Kommunen gibt ?

Frage: Können wir die schon jetzt vorhandenen Vernetzungssysteme zwischen „Jugendhilfe – Schule – tagesstrukturierenden Angeboten bis hin zu Ausbildung“ für unsere unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nutzbar machen?

Frage: Wie können wir dafür Sorge tragen, dass die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge eine vollumfängliche und für sie im Hinblick auf ihren Aufenthaltsstatus und –ort schnelle und optimale rechtliche Beratung erhalten?

Fragen über Fragen - die deutlich machen, dass auch wir als Vertreter freier Träger - mit langjähriger Erfahrung in Krisenmanagement, Klärungsarbeit, heilpädagogischer und therapeutischer Betreuung und mit der Fähigkeit zu Kreativität bei individuellen Lösungen - an unsere Grenzen kommen.

Wir haben in vielen Feldern noch keine Antworten und bemühen uns im „Learning by Doing“, ohne für die uns anvertrauten Flüchtlinge daraus ein „Try and Error-Verfahren“ werden zu lassen.

Dabei können wir in den Bereichen, die unserer direkten Verantwortung unterliegen, bereits auf nachhaltige Ergebnisse verweisen.

Den Mitarbeitenden der Kinder und Jugendhilfe ist sehr zu danken, die mit großem Engagement, mit viel emotionaler Wertschätzung, Geduld und Kreativität die Probleme des Alltags lösen.

- Angebote für Fort- und Weiterbildung für Fachkräfte: Wir sehen es als unabdingbar an, dass Mitarbeitende in der Kinder- und Jugendhilfe umfangreiche Möglichkeiten zur Fort- und Weiterbildung erhalten; nur so können sie den vielfältigen neuen Anforderungen gerecht werden und gute pädagogische Arbeit leisten.

Wir können uns gut Fortbildungen in gemeinsamer Verantwortung sowohl für Mitarbeitende der öffentlichen wie auch der freien Träger vorstellen, wie sie teilweise auch schon angeboten werden.

Regionale Angebote in diesem Bereich zu etablieren ist aus unserer Sicht wichtig zu folgenden Themengebieten: Interkulturelle Pädagogik, Asylrecht, Traumapädagogik und –therapie.

Bei all unseren eigenen Bemühungen, uns inhaltlich gut auf die neue gesellschaftliche Herausforderung einzustellen, hilft dies an Schnittstellen leider dann nicht weiter, wenn nicht eine gleichermaßen große Bereitschaft aller Beteiligten spürbar wird, gemeinsam Lösungen etablieren zu wollen.

Hier stoßen wir immer wieder auf unerwartete neue Schwierigkeiten und müssen feststellen, dass grundsätzlich gute Förderungsmöglichkeiten zu wenig durchlässig sind oder zu wenig greifen:

Der Zugang zu berufsqualifizierenden Angeboten wird teilweise durch Zuständigkeitsfragen der Kostenträgerschaft erschwert oder gar verhindert, Alphabetisierungs- und

Deutschkurse sind in manchen Kommunen nicht vorhanden oder können nur sehr begrenzt zur Verfügung gestellt werden. Die ärztliche Versorgung stößt da an ihre Grenzen, wo diese faktisch verweigert wird, unerheblich ob Krankenscheine vorhanden sind oder nicht. Nur um ein paar Beispiele zu nennen, die tatsächlich Realität sind.

Wir sind der festen Überzeugung, dass wir uns der Herausforderung, für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bayern gute Bedingungen im Rahmen der Hilfen zur Erziehung zu schaffen, nur gemeinsam stellen können.

Wir brauchen die Unterstützung der Politik, der staatlichen Behörden, der kommunalen Spitzenverbände, der Agenturen für Arbeit, der Schulbehörden und der Kliniken und Mediziner vor Ort, um eine fundierte Versorgung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge etablieren und auf Dauer in guter Qualität aufrecht erhalten zu können.

Nur gemeinsam kann es uns darüber hinaus gelingen, den Ängsten und Befürchtungen in der Bevölkerung wirksam mit Antworten und pädagogischen Konzepten zu begegnen.

Denn: Wenn in Gemeinden und Städten das Gefühl entsteht, dass Zuwanderer und Flüchtlinge uns bereichern und nicht schaden, können unsere unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge auch wirklich ankommen und Deutschland als „Heimat“ begreifen!

Unbegleitete Minderjährige in der Jugendhilfe

Innensicht einer Jugendhilfeeinrichtung

1. Einleitung

In Jordanien „leben“ derzeit Hunderttausende syrische Flüchtlinge. Setzt man die Einwohnerzahl Jordaniens ins Verhältnis zu den aufgenommenen Menschen und zieht den Vergleich zu Deutschland, müssten bei uns Millionen Zuflucht finden dürfen.

Über das Mittelmehr fliehen täglich Tausende Menschen in größtenteils seeuntüchtigen Booten, viele schaffen es oft nicht bis zur rettenden Aufnahme auf andere Schiffe oder gar bis nach Europa. Es wird täglich gelitten und gestorben und dies ist eine sehr abstrakte Beschreibung dessen, was dort wirklich geschieht.

Über die daraus erwachsende Verantwortung der Gesellschaft in allen Teilen, also auch der Jugendhilfe, ist schon viel gesagt und geschrieben worden.

In den bayerischen Metropolregionen Nürnberg und München und aus den grenznahen südbayerischen Landkreisen gibt es seit Jahren tägliche Anfragen der Jugendämter nach freien Plätzen für die Aufnahme von minderjährigen Flüchtlingen, zunehmend sind nun auch die ländlicheren Landkreise und Kommunen angefragt, da die Großstädte die große Anzahl der hilfesuchenden Menschen nicht bewältigen können.

So oder ähnlich könnte man jetzt noch ganze Seiten füllen, dies soll aber nicht das Hauptthema sein, sondern die Frage nach der erlebten Veränderung aus Sicht einer Jugendhilfeeinrichtung.

2. Aus der Innensicht einer Jugendhilfeeinrichtung

Seit den frühen 90er Jahren finden Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (UMF) in unserer Jugendhilfeeinrichtung Aufnahme. Das Clearing fand damals in den heilpädagogischen Wohngruppen statt, die Integration in die Systeme Jugendhilfe, Schule und sozialer Nahraum wurde von Beginn an durchgeführt.

Die Anzahl der Anfragen unterlag Wellenbewegungen, orientiert an den Krisen der Welt. In den acht Wohngruppen waren je Gruppe meist nicht mehr als ein bis zwei junge Flüchtlinge untergebracht.

Das Verhältnis ist heute umgekehrt. Mehr als die Hälfte

der Wohngruppenplätze ist mit jungen Flüchtlingen besetzt, auf Grund der Anfragen wäre problemlos, eine Quote von 100 % zu erreichen. Wie hat sich die stationäre Jugendhilfe verändert, seit die Anzahl der unbegleiteten Minderjährigen so stark angestiegen ist?

Was macht dies mit den deutschen Kindern und Jugendlichen in den Gruppen bzw. mit potentiellen Anfragen von Jugendämtern, die für deutsche Kinder einen Platz suchen?

Aussage 1 - Die Arbeit in den Wohngruppen verändert sich

Seit August 2012 haben auch wir eine Clearinggruppe für Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge. Somit sind die Wohngruppen in Bezug auf den Clearingauftrag entlastet, werden aber nach Abschluss der meist dreimonatigen Klärungsphase angefragt, sowohl intern als auch von anderen Clearingstellen. In jeder Gruppe leben derzeit mindestens vier bis fünf junge Flüchtlinge, darüber hinaus gibt es ab August ein teilbetreutes Angebot. Anfragen von Jugendämtern nach der Eröffnung weiterer Wohn- bzw. Betreuungsplätzen erfolgen regelmäßig.

Aussage 2 - Die Wohngruppen werden „älter“ und männlicher

Die Mehrzahl der Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlinge ist männlich, das Aufnahmealter liegt in der Regel zwischen 12 und 18 Jahren. Der bayerische Landesjugendhilfeausschuss fordert in seinem Beschluss vom 15.07.2014 eine qualifizierte Altersfeststellung, diese erfolgt bis dato oft durch die pädagogischen Sachbearbeiter der Jugendämter durch eine Einschätzung nach dem Vier-Augen-Prinzip. Grundsätzlich arbeiten wir mit dem Alter, das uns genannt wird, die subjektive Einschätzung ist jedoch öfter eine andere. Die Wohngruppen sind dem Spagat zwischen tatsächlichem Alter der jungen Menschen, ihrer Reife und ihrem Erleben zum einen und dem angegebenen Alter mit allen damit verbundenen Konsequenzen ausgesetzt. Habe ich einen fünfzehnjährigen UMF in der Wohngruppe, der jedoch gefühlt drei Jahre älter erscheint, gelten für ihn trotzdem die entsprechenden Regeln und gesetzlichen

Normen, z. B. nach dem Jugendschutzgesetz, oder eben doch nicht.

Sind vier oder fünf junge Männer in ähnlichem Alter in der Wohngruppe, verändert sich vieles, es gilt andere Themen aufzugreifen und zu bearbeiten, ein starres Festhalten an der Aussage, „du wurdest als vierzehnjährig eingeschätzt, also behandle ich dich auch so“, reicht nicht aus. Notwendig ist ein individuelles Eingehen auf die Bedürfnisse und Erfordernisse aber vor allem auf die kulturellen Hintergründe, ohne dabei die anderen Kinder und Jugendlichen zu benachteiligen. Nicht aus dem Blick zu verlieren sind hierbei auch die deutschen Kinder und Jugendlichen in den Gruppen, die ihrerseits sensibel auf mögliche oder gefühlte Ungleichbehandlungen reagieren.

Aussage 3 - Es bilden sich Subkulturen innerhalb der Wohngruppen

Leben in einer Wohngruppe mehrere UMF, die sowohl die gleiche Nationalität als auch die gleiche Volkszugehörigkeit haben, bilden diese oft eine Untergruppe. Die gemeinsame Sprache ist zum einen hilfreich und ein Stück der verlorenen Heimat, zum anderen aber auch ausgrenzend für die übrigen Kinder und Jugendlichen und für die pädagogischen Kräfte. Hier kann etwas entstehen, was für die heilpädagogische Gruppengestaltung nicht förderlich ist, eine Subkultur, die in sich geschlossen ist, nach außen geschlossen auftritt und für manche auch bedrohlich wirkt. Gelingende Pädagogik lässt den Jugendlichen ihre Sprache, achtet gleichzeitig auf deutschen Spracherwerb und –gebrauch und achtet darauf, dass Sprache nicht im Sinne von Ausgrenzung missbraucht wird.

Aussage 4 - Die Residenzpflicht verändert die Arbeit in den Gruppen

Die Aussage lässt sich in einem Satz kommentieren: ja, das ist dann halt so. Hier geht es eher um das Abschiednehmen von manchen lieb gewonnenen Gewohnheiten, z. B. der Gruppenfreizeit in Italien. Der Freizeitradius ist mit der Aufnahme von jungen Flüchtlingen eingeschränkt, keinesfalls aber aufgehoben. Unsere Erfahrung ist, dass in einer guten Kooperation mit den Vormündern und den zuständigen Ausländerbehörden Ausweitungen und Reiseerlaubnisse für den gesamtdeutschen Raum möglich sind.

Aussage 5 - Kulturelle Prägungen und auch Traumata erschweren es, die jungen Menschen einzuschätzen

Im Gespräch mit den psychologischen Fachdiensten kam öfter die Aussage, dass es schwer fällt, Verhalten und Erleben der jungen Flüchtlinge richtig zu interpretieren.

Was sind eindeutige Symptome z.B. einer Posttraumatischen Belastungsstörung, was gehört eher zum normalen Erleben in der Herkunftskultur. Am Beispiel erklärt, das Gespräch mit verstorbenen Ahnen mag uns in der westlichen Hemisphäre befremdlich erscheinen, in afrikanischen Ländern ist dies kultureller und religiöser Bestandteil des Lebens.

Hier gilt es ein interkulturelles Verständnis und Wissen zu erwerben, um Fehlinterpretationen und deren Folgen zu vermeiden.

Hilfreich sind hier sogenannte Kulturdolmetscher, ehemalige Jugendliche aus den Gruppen, die auf Grund ihrer Herkunft und ihrer Erfahrungen in der Lage sind, den pädagogischen Fachkräften erklärend und hilfreich zur Seite zu stehen und umgekehrt auch den eigenen Landsleuten bei der Integration behilflich sein können.

Aussage 6 –Kommunikation verändert sich

Auch in Kommunikation und Sprache sind Fehlinterpretationen und Missverständnisse möglich, da schlicht nicht die gleiche Sprache gesprochen wird und Sprache auch ganz unterschiedlich eingesetzt wird. In unserer Clearinggruppe war es anfangs eine große Herausforderung, nicht sofort aufzuspringen und Streit schlichten zu wollen, wenn sich somalische Jugendliche untereinander unterhalten. Sie tun dies häufig in einer für uns ungewohnten Lautstärke, verstärkt durch ausgeprägte Gestik.

Sich in die Augen zu schauen ist für uns normal und ein Gebot der Höflichkeit, in anderen Kulturen ist es umgekehrt.

Gerade die nonverbale Kommunikation gewinnt an Stellenwert, da nicht immer die Sprachbarriere überwunden werden kann und nicht immer Dolmetscher zu Verfügung stehen. Hierbei ist es wichtig, den in jeder Kultur unterschiedlichen Codex nach und nach zu erlernen und sensibel zu werden für die Signale und das Verhalten der jungen Menschen.

Aussage 7 - Schule und Bildung, eine der größten Herausforderungen

Spracherwerb und gegebenenfalls Alphabetisierung, große Aufgaben für alle Beteiligten. Sprache und Bildung sind die wichtigsten Schlüssel zur gelungenen Integration. Vom ersten Tag an erhalten unsere UMF in der Clearinggruppe durch eine festangestellte Deutschlehrkraft Unterricht. Fast wie in den früheren Dorfschulen orientiert sich die Lehrerin an den unterschiedlichen Sprach- und Bildungsniveaus und stimmt darauf ihren Unterricht und die Einzelförderung ab. Exkursionen in den sozialen Nahraum ergänzen die theoretischen Einheiten, um das Gelernte in der Praxis zu erproben.

Was so einfach klingt, ist im Prinzip auch so einfach. Die meisten jungen Flüchtlinge, die bei uns aufgenommen wurden, zeichnen sich durch einen großen Ehrgeiz aus, sehr schnell lernen zu wollen. Die Motivationen hierfür sind vielschichtig. Zum einen ist der eigene Antrieb oft stark ausgeprägt, zum anderen spielen Faktoren, wie die Erwartungshaltung der Familie, eine große Rolle.

Viele lernen auch erst zu lernen und machen Erfahrungen des Scheiterns, wenn es nicht so schnell oder gut geht, wie gewünscht. Die pädagogischen Mitarbeitenden fangen hier viel auf, geben Halt und Orientierung.

Die Übergangsklassen der Haupt- und Mittelschulen sind wertvolle und wichtige Kooperationspartner, es gibt inzwischen auch konkrete Planungen für Übergangsklassen im Bereich der Grundschulen, ein richtiger und notwendiger Schritt. Unklarer wird es hier für die älteren Jugendlichen, die im Regelschulsystem keine Aufnahme mehr finden. Schulanaloge Angebote sind von den angebotenen Plätzen begrenzt, die Kosten sind hoch und nicht jeder Kostenträger ist bereit dafür einzustehen. Hier kämpfen die Gruppenpädagogen und ihre Leitungs- und Fachdienstkräfte oft mühsam, um außerhalb der Regelbeschulung Bildungsmöglichkeiten zu schaffen. Die hier im Beschluss des Bayerischen Landesjugendamtes formulierten Forderungen zur Schaffung flexibler Beschulungsformen und zur Ermöglichung von Ausbildung und Beschäftigung sind von Seiten der Praktiker in der Jugendhilfe zu unterstreichen.

Aussage 8 – Therapeutische Angebote – zu wenig auf UMF spezialisiert

Eine Vielzahl der jungen Flüchtlinge in den Gruppen ist traumatisiert. Zeigen sich zunächst in der Clearingphase oft nur Symptome, so haben wir es im Alltag der Wohngruppen mit stark ausgeprägten Verläufen zu tun, die ohne therapeutische Hilfe nicht aufzufangen sind. Im Großraum München haben wir mit REFUGIO einen kompetenten, aber von den Kapazitäten begrenzten Kooperationspartner mit inzwischen langen Wartezeiten.

Der Bedarf an muttersprachlichen Therapeuten ist hoch, viele therapeutische Einrichtungen lehnen auf Grund der Sprachbarriere die Aufnahme von Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlingen ab, was durchaus kritisch zu sehen ist, verbunden mit der Fragestellung, ob es für diese Zielgruppe nicht niederschwelligere therapeutische Angebote geben und von bestimmten Standards abgewichen werden muss?

Aussage 9 - Neue Wege gehen, Abschied nehmen von manchen Standards

Was für den therapeutischen Bereich angemahnt ist, gilt gleichermaßen für den heilpädagogischen Bereich. In den Wohngruppen haben wir die heilpädagogischen Konzepte an die Zielgruppe der UMF angepasst, manche Standards lassen sich nicht so aufrechterhalten, die meisten jedoch gut anpassen.

Im Aufbau von neuen Einrichtungsteilen speziell für junge Flüchtlinge ist für uns als freier Träger die Not auch der Jugendämter und der Heimaufsichten spürbar. Es werden Immobilien besichtigt, die man unter normalen Umständen niemals in Betracht ziehen würde, sonst gültige Normen hinsichtlich Quadratmetern von Zimmern spielen nicht mehr die sonst gewohnte Rolle. Das hat in unseren Augen durchaus seine Berechtigung, ist aber auch mit dem Trägerrisiko verbunden, wenn derartige Wohneinheiten später anderweitig genutzt werden sollen und dann nicht mehr den Standards entsprechen.

Auch die üblichen Gruppengrößen sind nach oben veränderbar, Überbelegung gerät zum Standard, wobei der Fachkräftemangel nicht gleichzeitig die Aufstockung des Personals zulässt.

Inzwischen gibt es eine große Offenheit für neue Wege und Konzepte in der Betreuung der jungen Flüchtlinge, nicht nur im stationären Bereich, auch ambulant ist bereits viel Neues auf den Weg gebracht. Wir versuchen allen gerecht zu werden, all unseren Zielgruppen, gleich welcher Nationalität und Herkunft, der öffentlichen Jugendhilfe und uns selbst, unseren Mitarbeitenden und allen sonstigen Kooperationspartnern, denen es allen gleichermaßen um das Wohl der Kinder und Jugendlichen, der Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlinge geht.

Andreas Hüner
stellvertretender Gesamtleiter, Evangelische Kinder- und Jugendhilfe Feldkirchen

Allen jungen Menschen eine Chance geben!**Positionierung des Bayerischen Landesjugendhilfeausschusses zu den aktuellen Entwicklungen bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Bayern****Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses in der 127. Sitzung am 15.07.2014**

Die gegenwärtige starke Einreisewelle von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF¹) nach Bayern stellt die Landkreise und kreisfreien Städte vor immense Herausforderungen. Die Bewältigung dieser Situation kann nicht alleine durch die Kinder- und Jugendhilfe erfolgen. Vielmehr handelt es sich dabei um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Alle Behörden, Institutionen, Einrichtungen, Dienste, aber auch die Bevölkerung, sind aufgefordert, in der Versorgung und Begleitung der jungen Menschen zusammenzuwirken und gute Lösungen zu entwickeln.

Die Entscheidung, UMF nach ihrer Ankunft nicht mehr in Erstaufnahmeeinrichtungen des Asylbereichs, sondern von Beginn an nach den Standards der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) zu betreuen sowie den Hilfebedarf zu klären, ist wichtig und richtig. Der Blick ist zuallererst auf die jungen Menschen zu legen, auf die Kinder und Jugendlichen, die in Sorgen und Nöten nach Deutschland kommen. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der UN-Kinderrechtskonvention, des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung verdienen diese jungen Menschen unseren besonderen Schutz. Das Kinder- und Jugendprogramm der Bayerischen Staatsregierung sichert ihnen eine an ihrem individuellen Hilfebedarf ausgerichtete Hilfe zu. Dabei werden ihre kulturelle Herkunft, ihre Sozialisationsgeschichte, ihre Belastungen aufgrund der Fluchterfahrungen sowie behandlungsbedürftige Traumata differenziert wahrgenommen und besonders berücksichtigt.

In der aktuellen Lage kommt die bayerische Kinder- und Jugendhilfe in der Versorgung dieser jungen Menschen deutlich sichtbar an ihre Grenzen. Die seit 01. Januar 2014 durch die Kinder- und Jugendhilfe zu leistende Unterbringung im Rahmen der Inobhutnahme von Beginn an sowie die Schaffung geeigneter Nachfolgeplätze im nötigen Umfang stellt die Kommunen aufgrund der immensen Fallzunahme und bei großen regionalen Unterschieden vor eine enorme Aufgabe. Die heutige Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe ist diesen Herausforderungen nicht gewachsen. Sind die Hilfen zur Erziehung doch als individuelle Einzelfallhilfen für erzieherische Bedarfslagen konzipiert worden, muss die Kinder- und Jugendhilfe heute mit den UMF junge Menschen mit ganz spezifischen Bedarfslagen und oft in großer Zahl aufnehmen, unterstützen und in die Selbständigkeit begleiten.

¹ In dieser Positionierung wird im Hinblick auf eine breite Verständlichkeit einheitlich der Begriff UMF für Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge verwandt, trotz der teilweise auch üblichen Alternative UM für Unbegleitete Minderjährige.

Entwicklung zukunftsfähiger Strukturen

Bericht des Vorstandes zur Mitgliederversammlung 2014

Acht Jahre hat Diakon Christian Oerthel den Evang. Erziehungsverband in Bayern (EEV) als 1. Vorsitzender nach innen und außen vertreten.

Zur Mitgliederversammlung des EEV am 09. Juli 2014 in Augsburg hat Christian Oerthel seine Gedanken sowohl zur Kinder- und Jugendhilfe im Allgemeinen als auch zu den spezifischen Entwicklungen des Verbandes präsentiert. Für dieses Heft wurde der Vortrag überarbeitet.

Die zentrale These des 14. Kinder- und Jugendberichtes lautet: Die Kinder- und Jugendhilfe ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen¹.

„Ist sie das wirklich?“ habe ich mich gefragt, als ich am aktuellen Jugendhilfetag ein Podiumsgespräch zur Wirkung und den Ergebnissen des Jugendberichtes besucht habe.

Da wurde allzu Altbekanntes diskutiert, beklagt und beweihräuchert: Beklagt zum Beispiel, dass auch die „geschlossene Unterbringung“ jetzt als eine mögliche Form der Erziehungshilfen fachlich angesehen werden darf. Wenn also nichts Neues zu erkennen ist am Themenhimmel – ist **das** dann die Mitte der Gesellschaft?

Inhaltlich und in seiner Diktion knüpft der 14. Jugendbericht an den 11. Kinder- und Jugendbericht an, der unter dem Motto: „Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung“ stand. Deutlich ist, so der Bericht, dass das System Familie nach wie vor die „Produktionsstätte des sozialen Ungleichgewichtes“ bleibt, wiewohl sich gleichzeitig die Rahmenbedingungen des Aufwachsens nachhaltig verändert haben. Gesamtgesellschaftlich stehen wir also weiterhin vor der Fragestellung, wie diese Disparitäten ausgeglichen werden können.

Der Wandel der Jugendhilfe lässt sich am Besten deutlich machen am Ausbau der U3-Betreuung und den Bemühungen um die flächendeckende Implementierung der Ganztagschule. In diesem Sinne kann also durchaus davon gesprochen werden, dass wir für die ersten beiden Lebensjahrzehnte eines Menschen von einer „betreuten Kindheit“ sprechen können. Bereits 89% der 3-jährigen besuchen eine Kindertageseinrichtung oder werden außerhalb der Familie betreut. Interessant dabei ist, dass die Kinder insgesamt mehr Zeit in der Kita als in der Grundschule verbringen. Dieses mehr an Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung geht allerdings nicht einher mit einer schwindenden Bedeutung der Familie.

Die Kinder- und Jugendhilfe ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen – denn:

Sie richtet sich ihrem Wesen nach an **alle** junge Menschen, wenn sie auch die mit einem besonderen Hilfebedarf besonders berücksichtigt.

In der Wahrnehmung ihrer Gesamtaufgaben ähnelt die Kinder- und Jugendhilfe mehr der Familie (so Thomas Rauschenbach auf der ConSozial 2013), denn der hochspezialisierten Schule. Schule ist immer noch mehr auf Selektion als auf Integration ausgelegt – Jugendhilfe integriert und fängt auch die Selektionsverlierer auf.

Der Boom in der Kinder- und Jugendhilfe ist vor allem damit begründet, dass wir eine Entwicklung weg von der familiären Erziehung hin zum öffentlichen Aufwachsen festzustellen haben. Diese quantitative Entwicklung erfordert aber für die Kindertagesbetreuung und Ganztagschule eine neue Qualitätsdebatte.

Der Anstieg der Kosten ist im Wesentlichen dem Kita-Ausbau geschuldet. Nach wie vor liegt das Problem der Kinder- und Jugendhilfe in der Besonderheit ihrer Finanzierung.

70% der Lasten tragen die Kommunen. Das bedeutet, dass finanzschwache Kommunen gerade mal ihren Pflichtaufgaben nachkommen können. Es ist also eine deutliche Disparität - so Rauschenbach - zwischen armen und reichen Kommunen und deren Handlungsspielräumen zu beobachten.

Notwendig ist im wahrsten Sinne des Wortes, dass Bund und Länder sich stärker als bisher in die Finanzierung einbringen.

Blicken wir nun auf die Themen, die uns im Verband und somit auch im Vorstand in den letzten 8 Jahren (in unterschiedlicher Zusammensetzung) beschäftigt haben, und die in den Titeln der Vorstandsberichte ihren Ausdruck finden:

2007: „Wer steuert, wer zahlt, wer verantwortet“

2008: „Hilfe nicht nach Kassenlage“

2009: „Kinderrechte in die Verfassung“

2010: „Zusammenarbeit ist gut“

2011: „Fachkräfte gewinnen“

2012: „Partizipation wagen“

2013: „Chancen für alle Kinder und Jugendlichen“

2014: „Entwicklung zukunftsfähiger Strukturen“

Steuerungsfragen, Finanzierung, Beteiligung und Rechtsanspruch und dazu ausreichende Fachkräfte – das scheint der rote Faden der letzten Jahre zu sein. Sind dies auch die Fäden, die notwendig sind, damit es Chancen für alle Kinder und Jugendliche gibt, damit wir von zukunftsfähigen gesellschaftlichen Strukturen sprechen können? Sind also diese Themenstellungen und das damit verbundene Ringen um die Weiterentwicklung der Jugendhilfe Ausdruck des „Ankommens“ in der Mitte der Gesellschaft?

Vielleicht ist es so, dass „Mitte“ auch immer das Wahrnehmen und Aushalten von Spannungsfeldern darstellt.

Blickwechsel auf einige thematische Schwerpunkte in der Vorstandsarbeit des EEV Bayern

Heimkinder, Partizipation, Ombudsstellen, unbegleitete Minderjährige

Nach wie vor nehmen wir im Vorstand die Debatte um die Konsequenzen aus der Heimerziehung der 50er und 60er Jahre als eine eher rückwärts gewandte Diskussion wahr. Notwendig ist es aber, die Debatte um die Zukunft der „Hilfen zur Erziehung“, als Teil der Kinder- und Jugendhilfe, neu anzustoßen. Gerade deswegen werden wir nicht müde, die Entwicklungen zum Ausbau *Partizipativer Strukturen* in unseren Einrichtungen voranzutreiben – sowohl konzeptionell als vor allem auch in der Umsetzung.

Ombudsstelle

Der Vorstand hat beschlossen, dass der EEV Bayern Gründungsmitglied eines Vereins für eine unabhängige *Ombudsstelle* wird - wir brauchen die unabhängige Ombudsstelle! Auch sie wird einen Beitrag zur Normalität leisten, ist Ausdruck der „Mitte der Gesellschaft“. Wir haben nichts zu verbergen – maximal etwas zu verbessern.

Unbegleitete Minderjährige: Wir freuen uns, dass es gelungen ist- auch durch die Mitwirkung der Mitgliedseinrichtungen des EEV Bayern-, den politischen Wandel aktiv zu begleiten.

„Im Fremden begegnet uns Gott“ - mit dieser biblischen Aussage haben wir die Handelnden auf der öffentlichen Seite schon immer daran erinnert, auf welcher Seite wir stehen, und das Primat der Kinder- und Jugendhilfe eingefordert (Stichwort: UN-Kinderrechtskonvention).

Wir sind dem Vorstand des DW Bayerns und insbesondere dem Präsidenten, Herrn Bammessel, sehr dankbar, dass er sich in der Öffentlichkeit so vehement für die Flüchtlingsfrage einsetzt.

Personalgewinnung

Das Suchen, Finden und Behalten von qualifiziertem Personal bleibt eine Daueraufgabe in der Jugendhilfe. Für das Jahr 2015 haben wir uns in Abstimmung mit der Evangelischen Schulstiftung in Bayern, dem Evang. Kita-Verband, der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Fachakademien und der Evangelischen Hochschule in Nürnberg verständigt, einen Fachtag zum Thema „Erzieherausbildung“ zu veranstalten. Im Mittelpunkt sollen die - sich aus dem neuen Lehrplan ergebenden-

Möglichkeiten der verbesserten Kooperation zwischen Fachakademien und Praxiseinrichtungen stehen.

Aber auch strukturelle Überlegungen zur Frage, wie wir das Ausbildungsangebot verbreitern könnten, sollen auf der Tagesordnung stehen. Mit Frau Prof. Dr. Sommer-Himmel von der Evang. Hochschule Nbg habe ich bereits über die Möglichkeit eines „dualen Studienganges Erziehungshilfen“ gesprochen. Dieser könnte analog zum Studiengang „Frühe Kindheit und Bildung“ angeboten werden. Wenn sich die Hochschulleitung im Herbst dieses Jahres neu konstituiert hat, werden wir dies nochmals aufgreifen.

Die neue Struktur des EEV

„Was wäre, wenn wir die Welt neu denken?“ So lautet der Titel der Zeitschrift „brand eins“ vom Juli 2014. Mit der „neuen Struktur“ des EEV Bayerns denken wir zumindest unsere Welt ein wenig neu:

Motivation und Ausgangslage, die Ableitungen aus der Satzung und dem Leitbild des EEV hierzu sind innerhalb des Verbandes hinreichend erläutert worden, so haben wir bereits auf der Mitgliederversammlung 2013 ausführlich darüber gesprochen. Ich bin allen Kolleginnen und Kollegen in den Regionalgruppen, im Fachbeirat, in den bestehenden Fachausschüssen und anderen Gremien und Begegnungsformen des EEV sehr dankbar für die breite und konstruktive Diskussion hierüber.

Vielleicht haben auch Sie manchmal gedacht: Was haben wir uns damit angetan??

Aber je länger wir das Thema diskutiert haben, desto mehr ist mir deutlich geworden: Es ist gelungen, die Strukturfragen wirklich an die „Prozessfragen“ - an das, was uns inhaltlich bewegt - anzudocken.

Es freut uns im Vorstand auch sehr, dass im Rahmen der Leitungskräfte tagung im Februar dieses Jahres viele ihre Bereitschaft zur Mitarbeit signalisiert haben. Meiner Kollegin Frau Becher-Schröder gilt an diesem Punkt der besondere Dank für die Erstellung des Flyers – „Sie sind gefragt“ – das war eine echte Herausforderung und zusätzlich „Fleißarbeit“.

Bewährt hat es sich auch, dass Sie als Teilnehmer/innen der Mitgliederversammlung dem Votum des Vorstandes gefolgt sind und der Wahl eines weiteren Vorstandsmitgliedes zugestimmt hatten. Es macht die Arbeit für alle leichter, wenn sich dadurch auch „Verantwortlichkeiten“ für bestimmte Themen im Vorstand besser abbilden lassen.

Wir haben im Zuge der Strukturüberlegungen auch die Frage der „Eigenständigkeit“ des Fortbildungsangebotes des eev Bayern neu geordnet. Es freut uns, dass wir nun mit dem Bundesverband EREV, zu einer - wie wir im Vorstand denken - hervorragenden Lösung und Kooperation kommen konnten. Mit dieser Kooperation sichern wir uns die Möglichkeit, die uns wichtigen Themen auch weiterhin als Fortbildungsangebot aufrecht zu erhalten. Wir sichern uns damit aber vor allem auch die Möglichkeit, Fortbildungsinhalte weiterhin in Bayern anbieten zu können, gleichzeitig stärken wir den Bundesverband als qualifizierten Fortbildungsanbieter.

In diesem Zusammenhang sei nochmals darauf hingewiesen, dass die bisherigen Arbeitsgemeinschaften nicht gänzlich verschwinden, sondern in der neuen Struktur aufgehen und sich dort beheimaten sollen. Dies hat nicht überall Begeisterungstürme ausgelöst, was ich aufgrund der langen Tradition auch gut nachvollziehen kann. Aber der EEV Bayern bündelt die Trägerinteressen, er achtet, respektiert und fördert die Anliegen der Mitarbeitenden in den Mitgliedseinrichtungen und vertritt nicht ausdrücklich spezifische Berufsgruppeninteressen.

Damit dies alles gut funktioniert, ist die satzungsgemäße Einbindung des Jugendhilfereferenten des DW Bayerns in der Funktion der „Geschäftsführung des Verbandes“ ein wesentlicher Bestandteil. Diese personelle Verzahnung ist sowohl für den Spitzenverband, als auch für den Fachverband eine enorme Stärkung. Vieles, was sich in der Jugendhilfelandchaft tut, kann so schnell mit den unterschiedlichen Rollen und Blickwinkeln kommuniziert werden. Der Vorstand des EEV Bayerns freut sich sehr, dass auch der Vorstand des DW Bayerns dies so sieht und auch in Zukunft beibehalten möchte. Nun bleibt zu hoffen, dass die neue Struktur des EEV Bayern dem Fachverband hilft, seine satzungsgemäßen Aufgaben gut zu bewältigen. Es ist zu hoffen, dass wir damit auch einen Beitrag zur Entwicklung zukunftsfähiger Strukturen für die Kinder- und Jugendhilfe in Bayern leisten können.

Ausblick und Dank

Lassen Sie mich an dieser Stelle -im Namen des gesamten Vorstandes- wieder allen denjenigen Dank sagen, die sich im und für unseren Verband engagieren. Dies sind (und waren) muss man jetzt ja auch sagen: Zum einen die Sprecherinnen und Sprecher der Regionalgruppen, die Kolleginnen und Kol-

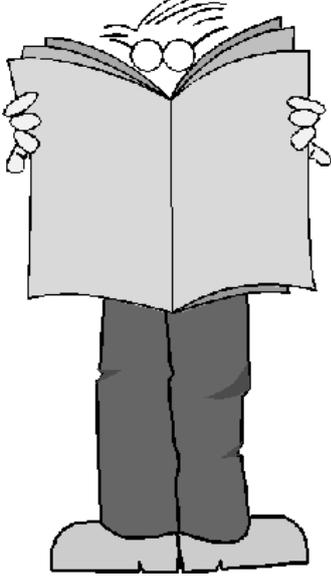
legen, die sich in den Fachausschüssen, im Fachbeirat, ad hoc-Arbeitsgruppen und Projektgruppen „einspannen“ lassen. Ich danke auch allen Kolleginnen und Kollegen, die sich auf der Bundesebene in den Gremien des EREV für uns engagieren. Ich darf mich auch sehr herzlich bei all denjenigen Trägern bedanken, die ihre Mitarbeitenden in die Regionalgruppen entsenden – die Regionalgruppen sind und bleiben das Herzstück unseres Verbandes.

Ich bedanke mich beim Vorstand des DW Bayern für das Interesse an unserer Arbeit, im Besonderen bei den Mitgliedern des Vorstandes. Zum einen für das stets offene Ohr, das sie für unsere Anliegen haben, für die damit verbundene enge Kooperation bei den vielen Themen, die wir heute auch wieder angesprochen haben. Es ist gut, dass wir uns manche Bälle zuspielen können, aber ist auch gut zu wissen und zu spüren, dass der EEV Bayern und der Vorstand des DW Bayern an einem Strick ziehen..

Ich danke den Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle des DW Bayern, die die vielen kleineren und größeren Vorhaben des Verbandes mit organisieren, unterstützen und begleiten.

Was wäre, wenn wir die Welt neu denken? Sie wäre vermutlich anders.

¹ die Ausführungen zum 14. Kinder- und Jugend sind sinngemäß entnommen aus: J. König, Chr. Oerthel, H.-J. Puch: Soziales unternehmen: zwischen Grundsatz und Umsatz. Kongressdokumentation der ConSozial 2013



Die nächste Ausgabe des
eev-aktuell
erscheint im
Dez. 2014

Aufbruch zu neuen Ufern - oder Veränderung tut not....

Evangelischer Erziehungsverband beschließt neue Gremienstruktur

Noch vor nicht allzu langer Zeit feierte der Evangelische Erziehungsverband in Bayern (eev) sein 100 jähriges Jubiläum. Für einen Verband der Erziehungshilfe ist das eine relativ lange Zeit. Das Jubiläum war Anlass, an die Geschichte und Entstehung des Verbandes zu erinnern: Von je her hatte der Verband sich zur Aufgabe gestellt, die - wie es in der Satzung steht - „dem diakonischen Werk Bayern angeschlossenen Träger von Einrichtungen und Diensten der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe zur Verfolgung ihrer gemeinsamen Aufgaben und gegenseitigen Interessen zusammenzuführen, zu beraten, zu fördern und zu unterstützen“.

Der Blick in die Geschichte führt den Blick - so mag es den Anschein haben - immer auch in die Gegenwart: Trotz steter gesellschaftlicher Veränderungen und rasanter technischer Entwicklung und Fortschritte, sind manche Themen, die in der Vergangenheit virulent waren, auch heute aktuell und herausfordernd. Fragen nach der „richtigen“ pädagogischen Haltung, nach passenden und geeigneten Formen erzieherischer Angebote, nach Kosten und der Finanzierung von Leistungen sowie Anforderungen der Personalentwicklung oder Qualifizierung bei der Leistungserbringung, sind auch heute unverändert Gegenstand der Arbeit des Verbandes.

Vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen, welche die Forderung um mehr Beteiligung junger Menschen, Ausbau sozialräumlicher Orientierung von Leistungen, Wirkungsmessung und besserer Steuerung der Hilfen oder die Zusammenführung von Leistungen für behinderte und nicht behinderte Kinder in den Mittelpunkt rücken (große Lösung), - wird sich daran wohl auch zukünftig nichts ändern.

Der eev hat schon immer versucht - unter Einbezug und Beteiligung der Fachkräfte der angeschlossenen Träger - aktuelle Themen und Aufgaben aufzunehmen. Dazu wurden passende Arbeitsgremien zusammengestellt, die mit den zeitentsprechenden Arbeitsformen daran arbeiteten, z.B. Positionen zu finden und abzustimmen, konkrete Handreichungen zur Verfügung zu stellen, oder Empfehlungen zu formulieren. So entstanden Rahmenkonzeptionen, Anleitungen und nicht zuletzt Schulungs- und Fortbildungsprogramme.

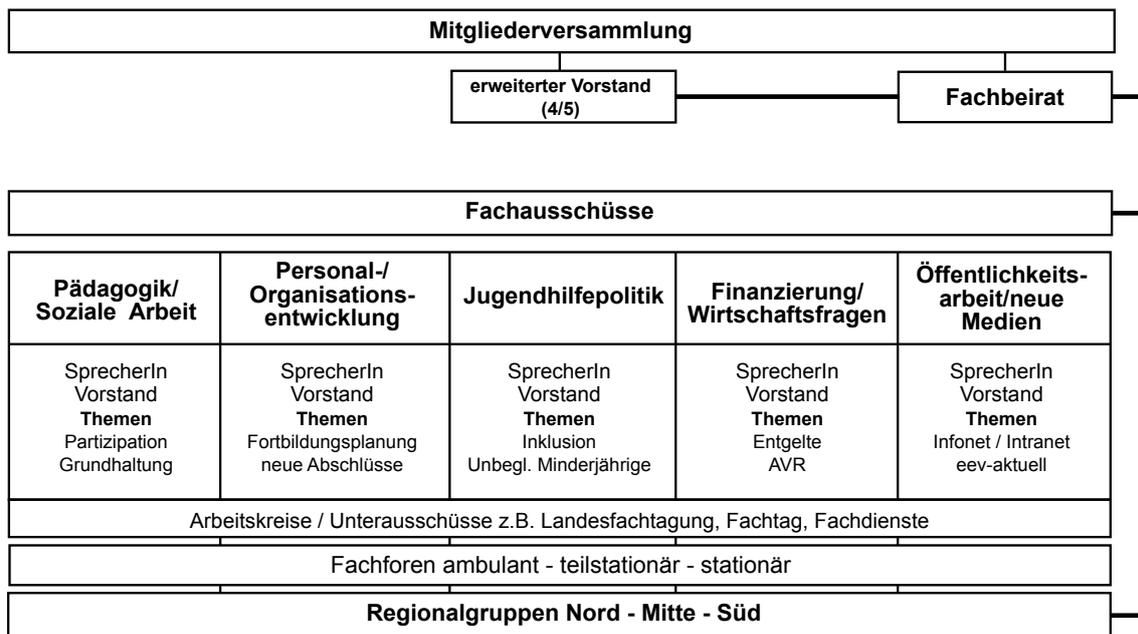
So weit so gut? Leider oder glücklicherweise nein! Man muss nicht lange überlegen oder suchen, um festzustellen, dass doch kaum etwas so geblieben ist, wie es früher war. Leistungen und Ansprüche der Erziehungshilfe haben sich massiv verän-

dert und mannigfach differenziert. Die Zahl der Kooperationspartner hat zugenommen, die Fülle der potentiellen Schnittstellen ebenso: Träger der Kinder- und Jugendhilfe leisten weit mehr, als nur Erziehungshilfe in tradierten Heimeinrichtungen! Sie sind gefragte und oft auch unverzichtbare Partner bei der Umsetzung und Aufrechterhaltung umfassender und bedarfsnotwendiger Angebote u.a. in Horten, Kindertagesstätten, ambulanten Aufgaben und zwischenzeitlich zunehmend auch in Schulen. Damit werden neue Themen wichtig und wachsen die Aufgaben, denen sich der Fachverband gegenüber sieht und mit denen er sich auseinandersetzen muss und will.

In kritischer Bewertung der bisherigen Aktivitäten wurde klar, dass diesem Anspruch mit den bislang bestehenden Arbeitsstrukturen des eev nicht mehr ausreichend entsprochen werden kann. Angeschlossene Träger und Mitgliedereinrichtungen erwarten von „ihrem“ Verband vor allem umfassende Beratung, schnelle und fundierte Reaktion auf aktuelle Entwicklungen, sie erwarten u.a. Stellungnahmen zu politischen Entwicklungen und kritische Reaktion auf unangemessene oder falsche Berichterstattung, um nur einige Beispiele zu nennen. Darüber hinaus gilt es, bewährte und wichtige Foren zum fachlichen Austausch, Angebote zur Reflexion und Qualifizierung der Arbeit in konkreten Arbeitsfeldern sowie den Austausch und die Zusammenarbeit mit Vertretern der Politik, Behörden und anderen Verbänden weiter zu entwickeln, ggf. aufgabensprechend neu zu organisieren.

Nach intensiver innerverbandlicher Abstimmung und Bestätigung durch die Mitgliederversammlung wird der eev mit neuer Kraft und neuen Arbeitsformen ins neue Schuljahr starten.

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht die beschlossene Arbeitsstruktur und wir setzen darauf, dass mit den neuen Gremien zum einen eine breitere Beteiligung der angeschlossenen Träger erfolgen kann, zum anderen eine Struktur entwickelt wurde, mit der die Bewältigung der vielfältigen Erwartungen besser gelingen kann; in der Tabelle ist die geplante Besetzung und eine erste beispielhafte Themenzuordnung vorgenommen.



Die Arbeitsstruktur bietet unter anderem auch die Chance einer thematisch inhaltlichen Ergänzung, bzw. Verbindung mit den Arbeitsgremien des EREV - dem Fachverband auf Bundesebene. Diese ist angestrebt zur Schaffung von

- Transparenz bzgl. bundes- bzw. landesspezifischer Entwicklungen,
- der Nutzung von Synergien und
- Verbesserung wechselseitiger Information und Kommunikation.

Nachdem der Evangelische Erziehungsverband nun den Weg zu einer neuen Gremienstruktur bereitet hat und sich auf den Weg zu „neuen Ufern“ begibt, blicken wir noch einmal kurz zurück: Wir denken an die vielen Stunden, Impulse, Ergebnisse und Sitzungen, mit denen die bisherigen Arbeitsgremien die Arbeit des Evangelischen Erziehungsverbandes mit geprägt haben. Dafür gilt der Dank allen Mitgliedern der Fachausschüsse im bayerischen Erziehungsverband!

Der gesamte Vorstand dankt - auch im Namen der Mitglieder - all‘ Denjenigen, die den Verband durch ihre Mitarbeit zu dem gemacht haben was er heute ist und für eine zum Teil langjährige Mitarbeit. Die eingebrachten Kenntnisse, Erfahrungen und Vorstellungen haben mit dazu beigetragen, dass der Verband seine satzungsgemäßen Aufgaben und Anliegen wahrnehmen und realisieren konnte. Dass das nicht selbstverständlich erwartet werden kann und darf, wissen wir.

Mit diesem DANK verbunden ist die BITTE, sich auch zukünftig in die nun neuen Fachausschüsse oder Fachforen aktiv einzubringen. Wir begrüßen ausdrücklich, wenn sich Träger und Mitarbeitende wieder bereitfinden, in neuen Konstellationen und Aufgabenstellungen mitzuarbeiten und damit die Arbeit „ihres“ Fachverbandes qualifizieren und unterstützen.

Bernhard Zapf
Referent für Jugendhilfe im Diakonischen Werk Bayern

Ipsheim IV - Neuer Landesheimrat gewählt

1. Landesheimrat gibt den Staffelstab weiter

Vom 15. bis zum 18. Juli fand auf der mittelfränkischen Burg Hoheneck zum vierten Mal die Jahrestagung „Initiative Partizipationsstrukturen in der HEIMerziehung“ – kurz IPSHEIM IV – statt. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aus Einrichtungen aus ganz Bayern diskutierten gemeinsam mit pädagogischen Fachkräften bei schönstem Sommerwetter, wie ihr Recht auf Beteiligung in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe noch besser umgesetzt werden kann. Neben einem Workshop zum Thema Kinderrechte gab es die Gelegenheit, sich über die Aufgaben von Heimaufsicht und Sozialministerium zu informieren. Außerdem wurden Beispiele gelungener Beteiligung aus der stationären Jugendhilfe präsentiert. Ein sehr interessanter Programmpunkt war auch der Austausch der Kinder und Jugendlichen mit einem ehemaligen Heimkind.

Die Wahl des 2. Landesheimrats bildete den Höhepunkt von IPSHEIM IV. Der erneut für ein Jahr gewählte Landesheimrat besteht aus zwölf Mitgliedern (sechs weiblich und sechs männlich) im Alter zwischen 13 und 17 Jahren. Fünf Mitglieder gehörten bereits dem 1. Landesheimrat an. Außer Niederbayern sind alle bayerischen Regierungsbezirke in dem Gremium vertreten: 4 Oberbayern, 3 Schwaben, 1 Unterfranken, 2 Mittelfranken, 1 Oberfranken, 1 Oberpfalz. Das vierköpfige Beraterteam, das dem Landesheimrat unterstützend zur Seite steht, wurde im Amt bestätigt. Eines der Themen, mit dem sich der 2. Landesheimrat in seiner Amtszeit beschäftigen will, ist die Konzipierung eines Workshops zum Thema Beteiligung. Finanziert wird der Landesheimrat vom Bayerischen Sozialministerium, wobei die Jugendlichen selber über eine Summe in Höhe von derzeit 5.000 Euro jährlich verfügen können.

Zum Abschluss ihrer Amtszeit berichteten die Mitglieder des 1. Landesheimrats von ihren Aktivitäten in den vergangenen zwölf Monaten. Einen Schwerpunkt bildete die Erarbeitung einer Satzung für den Landesheimrat, die Entwicklung eines Internetauftritts (www.landeshheimrat.bayern.de) und einer Power-Point-Präsentation für öffentliche Auftritte. Daneben wurden erste Anfragen von Kindern und Jugendlichen bearbeitet. Ganz oben auf der Agenda des Landesheimrats stand die Erhöhung seines Bekanntheitsgrades. Dementsprechend wurden mehrere öffentliche Auftritte in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe organisiert. Auch

beim Bayerischen Landesjugendhilfeausschuss stellte sich der Landesheimrat vor. Obgleich es einige Schwierigkeiten gab – beispielsweise der Informationsaustausch zwischen den in ganz Bayern verteilten Mitgliedern oder die Anreise zu Sitzungen oder gemeinsamen Auftritten – zog der Landesheimrat alles in allem ein durchaus positives Resümee.

Bei der Verabschiedung des alten Landesheimrats dankte eev-Geschäftsführer Diakon Bernhard Zapf in seiner Funktion als Interimsvorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses den Jugendlichen für die geleistete Arbeit: „Der Anfang ist gemacht, und er ist gut gemacht!“ Ein großes Dankeschön ging auch die Mitarbeitenden des Landesjugendamts, die mit der Organisation der Tagung betraut waren. An die Mitglieder des neuen Landesheimrats appellierte Zapf, ihre Stimme noch lauter für die Kinder- und Jugendrechte zu erheben. Begeistert zeigte sich Zapf auch von der konstruktiven und intensiven Arbeit der Kinder und Jugendlichen während der vier Tage auf Burg Hoheneck. Stefanie Krüger, Leiterin des Bayerischen Landesjugendamts, zollte ebenfalls allen Teilnehmern der Tagung ihren Respekt. Den scheidenden Landesheimratsmitgliedern überreichte sie als Anerkennung für ihren Einsatz jeweils eine Urkunde. Den neuen Landesheimrat lud Krüger nach München zur Herbstsitzung des Landesjugendhilfeausschusses ein.



Eine bereichernde Woche erlebt

Jahrestagung der Initiative Partizipationsstrukturen in der Heimerziehung auf der Burg Hoheneck

Vom 15. bis 18. Juli 2014 trafen sich auf Einladung des bayerischen Landesjugendamtes im Rahmen der Initiative Partizipationsstrukturen in der Heimerziehung (IPSHEIM) zur vierten landesweiten Jahrestagung in der Jugendbildungsstätte Burg Hoheneck mehr als achtzig Kinder, Jugendliche und Fachkräfte aus den unterschiedlichsten Einrichtungen der stationären Kinder- und Jugendhilfe aus allen sieben bayerischen Regierungsbezirken. Hier wurde nach 2013 zum zweiten Mal die Wahl des Landesheimrates organisiert. Es handelt sich um ein Gremium von zwölf engagierten Kindern und Jugendlichen, die von einem vierköpfigen Beraterteam, das sie sich aus mehreren kandidierenden Fachkräften selbst gewählt haben, unterstützt werden. Die Evangelische Kinder- und Jugendhilfe Feldkirchen war zum vierten Mal dabei. Dieses Jahr führen der Partizipationsbeauftragte der Einrichtung und eine gewählte Abgeordnete des Jugendparlaments nach Mittelfranken, beide waren zum ersten Mal in Ipsheim.

Die Veranstaltung war von einer zielorientierten und ernsthaften, aber auch sehr entspannten und kommunikativen Atmosphäre getragen. Das Programm war stramm, aber in Form und Inhalt sehr abwechslungsreich. Großer Raum war dem Bericht des amtierenden ersten Landesheimrats gewidmet, was sich im vergangenen Jahr alles getan hat: Die Bilanz konnte sich durchaus sehen lassen.

Im Plenum, in verschiedenen Workshops und in Kleingruppenarbeit beschäftigten sich die Teilnehmer mit gelungenen Beispielen für Partizipation in den Einrichtungen, mit Kinderrechten, den Aufgaben von Jugendamt und Heimaufsicht und dem IPSHEIM-Prozess bis heute. Eine besonders anrührende Erfahrung für viele Teilnehmer war der Austausch mit einer Dame, die in den 60iger Jahren als Heimkind teilweise traumatische Erlebnisse verarbeiten musste.

Die Tagung wurde bewundernswert gut organisiert und begleitet von den Mitarbeitern des bayerischen Landesjugendamtes, die Angestellten der Burg Hoheneck sorgten neben dem leiblichen Wohl für ein kreatives

und fröhliches Rahmenprogramm, die Stimmung war freundlich und respektvoll, die Kinder waren begeistert, dass sich alle auf Augenhöhe begegneten. Das Ganze an einem wunderbaren historischen Ort und bei herrlichem Wetter vorwiegend im Freien.

Die Präsenz vieler hochrangiger Teilnehmer und Besucher bewies eindrucksvoll den starken politischen Willen auf allen Ebenen, dass Partizipationsstrukturen in der Heimerziehung in Bayern vertieft, verstetigt und täglich gelebt werden.

Schließlich wurden am Lagerfeuer, in unzähligen kleinen Begegnungen und bei der Abschlussparty Kontakte und manchmal vielleicht auch Freundschaften geknüpft. Die meisten Teilnehmer freuen sich auf ein Wiedersehen auf der Burg im nächsten Jahr.

Markus Wieland
Diplom-Psychologe
Psychologischer Fachdienst in der Evang. Kinder- und Jugendhilfe Feldkirchen

An dieser Stelle möchte noch Jessica von ihren Erfahrungen berichten:

Ich war in diesem Jahr zum ersten Mal in Ipsheim mit dabei und war durchaus positiv überrascht. Man konnte nicht nur viel über die Partizipation der Kinder & Jugendlichen in den Einrichtungen lernen, sondern beim Freizeitprogramm und bei den Workshops auch sehr viel Spaß haben und viele neue Kontakte knüpfen. Außerdem konnte man beim gegenseitigen Austausch ebenfalls einige – zum Teil erstaunliche – Einblicke in die anderen Einrichtungen gewinnen. Alles in allem war es für mich eine sehr bereichernde Woche, sodass ich mir sehr gut vorstellen könnte, meine Einrichtung nächstes Jahr wieder zu vertreten.

Jessy

Wie kann Partizipation in der Heimerziehung gelingen?

Ergebnisse des schleswig-holsteinschen Forschungsprojekts „Demokratie in der Heimerziehung“

Kinder und Jugendliche adäquat zu beteiligen ist eine Herausforderung in allen Tätigkeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe. Eine besondere Herausforderung stellt Beteiligung in der Heimerziehung dar. Gleichzeitig ist es gerade in der Heimerziehung besonders wichtig, den Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten zur Partizipation zu bieten und sie entsprechend zu motivieren. Schließlich halten sie sich dort 24 Stunden am Tag auf und in der Regel haben sie das Heim nicht freiwillig als Lebensort gewählt.

Trotzdem gehen Einrichtungsleitende und Träger bei der Fortentwicklung von Partizipationskonzepten oft nur zögerlich vor. Viele Fachkräfte sehen ihren Handlungsspielraum durch zahlreiche Richtlinien und Vorschriften bereits stark eingengt. Eine verstärkte Beteiligung, so vermuten sie, könnte ihre Einflussmöglichkeiten weiter einschränken. Die Ergebnisse des schleswig-holsteinschen Forschungsprojekts „Demokratie in der Heimerziehung“ (Projektzeitraum 2011 bis 2012) sprechen aber dafür, dass diese Sorge unbegründet ist. Im Gegenteil: Das Projekt hat gezeigt, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen die Arbeit von Fachkräften in der Heimerziehung sogar erleichtern kann.

Bei dem Projekt, dessen Träger das Institut für Partizipation und Bildung und die Fachhochschule Kiel waren, wurden fünf Einrichtungen der stationären Kinder- und Jugendhilfe über die Dauer von zwei Jahren hinweg bei der Erarbeitung und Umsetzung von Partizipationskonzepten begleitet. Die wissenschaftliche Auswertung der fünf Projekte kam zu folgenden Kernaussagen:

1. Erfahrungen sind wertvoll und wichtig

Keine der untersuchten Einrichtungen fing bei der Entwicklung und Umsetzung ihres jeweiligen Partizipationskonzepts bei Null an. Überall waren bei Fachkräften Vorerfahrungen, positive Grundhaltungen, Wissen und Können in verschiedenen Maßen vorhanden. Zugleich hatten die Einrichtungen in der Vergangenheit aber auch die Erfahrung gemacht, dass bestimmte Formen der Mitbestimmung nicht wie erhofft funktionieren. Die Wissenschaftler zogen daraus den Schluss, dass Partizipation nicht einfach in einer Einrichtung „eingeführt“ werden kann, sondern die bestehenden Erfahrungen und die gelebte Beteiligungskultur zunächst untersucht werden sollten,

um sich dann im zweiten Schritt Gedanken über geeignete Weiterentwicklungen zu machen.

2. Es gibt viele Wege zum Ziel

Das Projekt hat gezeigt, dass sich Einrichtungen nicht mit großen Konzeptansprüchen überfordern sollten. Jede Einrichtung sollte in Bezug auf eigene Vorerfahrungen und Bedingungen selbst einen gangbaren Weg der Einführung von mehr Beteiligung gestalten. Auch kleine Schritte führen zum Ziel.

3. Partizipation entwickelt fachliche Qualität

Ein weiteres Ergebnis der Projektanalyse war, dass die Weiterentwicklung von Partizipationskonzepten und -kulturen zugleich eine Qualitätsentwicklung für die pädagogische Praxis bedeutet. Kinder und Jugendliche, die beteiligt werden, übernehmen mehr Verantwortung für ihr Leben – ein starkes Argument für mehr Partizipation, nicht nur in der Heimerziehung, sondern in der Kinder- und Jugendhilfe insgesamt.

4. Das Modell der Einrichtungsverfassung eignet sich auch für die stationäre Erziehungshilfe

In den untersuchten Einrichtungen wurden in der Regel auch „Einrichtungsverfassungen“ ausgearbeitet. Im Vergleich zu „Rechtekatalogen“ (die im Bundeskinderschutzgesetz als Grundlage für demokratischen Kinderschutz und Demokratiebildung von den Einrichtungen eingefordert werden) schreibt eine Einrichtungsverfassung nicht nur die Grundrechte fest, sondern es werden auch die Verfahrens- und Mitbestimmungsrechte präzise skizziert. Dies bedeutet ein Plus an Klarheit und Transparenz und gibt pädagogischen Aushandlungsprozessen einen besonders qualifizierten Rahmen. Es hat sich gezeigt, dass der Weg der Verrechtlichung zugleich pädagogische Phantasie und Kreativität freisetzt.

Gelingsbedingungen für die Entwicklung einer Partizipationskultur

Nach Abschluss des Projekts stellten sich die Forscher auch die Frage, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit sich in einer Einrichtung eine Partizipationskultur etabliert. Rain-

gard Knauer, Professorin für Pädagogik mit dem Schwerpunkt Erziehung und Bildung im Kindesalter an der Fachhochschule Kiel, war eine der Leiterinnen des Forschungsprojekts. Sie betont, dass auch die Fachkräfte die Möglichkeit haben müssen, die Partizipationspraxis mitzugestalten. Während des Projekts hat sie immer wieder erlebt, dass es die ganz kleinen, selbst gewollten und getanen Schritte sind, die den Fachkräften die Erfahrungen ermöglichen, dass „Partizipation geht“.

Den Einrichtungsleitungen gibt Knauer den Tipp, zunächst die Fachkräfte ausfindig zu machen, die am Thema demokratischer Beteiligung besonders interessiert sind. Diese Fachkräfte sollten darin unterstützt werden, Beteiligung zu erproben und weiterzuentwickeln und Prozesse auch dann zu befördern, wenn sie einmal ins Stocken geraten. Den Fortgang des Prozesses gilt es dann immer wieder im Team zu reflektieren.

Grundvoraussetzung für die Entstehung einer nachhaltigen Partizipationskultur ist ohne Zweifel eine positive Haltung bei den Fachkräften und der Leitung einer Einrichtung. Wichtig sind darüber hinaus Kenntnisse bestimmter Methoden – bei-

spielsweise Moderations- und Visualisierungskompetenzen oder Wissen über verschiedene Abstimmungsmodalitäten. Mitarbeitenden die Möglichkeit zu geben, sich in diesen Bereichen weiterzubilden, ist eine lohnende Investition. Denn durch gelingende Partizipation werden Konflikte vermieden, das ist die Erfahrung, die viele Fachkräfte in der Praxis gemacht haben. Raingard Knauer erklärt dies so: „Wenn Jugendliche merken, dass ihre Interessen bedeutsam sind, bringen sie diese auch ernsthaft ein – es kommt zu Aushandlungsprozessen und Dialogen. Die gemeinsam gefundenen Lösungen und Wege werden dann in der Regel auch gemeinsam getragen.“

Die komplette Projektdokumentation und -auswertung ist im Internet abrufbar unter:

http://partizipation-und-bildung.de/wp-content/uploads/2012/10/Demokratie-in-der-Heimerziehung_web.pdf

Hubert Hiecke

„Von Beteiligung profitieren alle“

Landesheimrat besucht Mitgliederversammlung des Evangelischen Erziehungsverbandes (EEV) in Bayern

Augsburg-Nürnberg (pm). Wie Beteiligung und Mitsprache von Kindern in der Jugendhilfe ganz praktisch aussehen kann, erlebten die Mitglieder des Evangelischen Erziehungsverbandes (EEV) in Bayern und ihr neugewählter Vorstand kürzlich bei der jährlichen Mitgliederversammlung. Im Evangelischen Kinder- und Jugendhilfezentrum Augsburg bekamen sie Besuch von den jungen Mitgliedern des Bayerischen Landesheimrats, die das Fachpublikum sogleich über dessen Ziele informierten.

Um bayernweit Einfluss zu nehmen, gibt es seit Juli 2013 einen Landesheimrat. Dieser besteht aus zwölf gewählten Jugendlichen. Vorrangiges Ziel ist eine möglichst wirkungsvolle Beteiligung in stationären bayerischen Jugendhilfeeinrichtungen. Unterstützt wird der Landesheimrat von vier Beratern und einer Geschäftsstelle im Bayerischen Landesjugendamt. „Die Kinder und Jugendlichen haben jetzt mehr Möglichkeiten, sich Gehör zu verschaffen“, lobt Erzieher Michas Maxzin-Weigel, einer der Berater des Landesheimrats, die Vernetzung bis zum Bayerischen Sozialministerium. Neben Hessen

ist Bayern derzeit das einzige Bundesland, das einen Landesheimrat etabliert hat. Ergänzt wurde das Thema Partizipation durch die Fachvorträge von Ursula Kiening, Heimaufsicht der Regierung von Schwaben, und Bernhard Zapf, kommissarischer Vorsitzender des Bayerischen Jugendhilfeausschusses sowie Referent für Kinder- und Jugendhilfe im Diakonischen Werk Bayern.

Einladung zur
Fachtagung für Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe
Stationär – Teilstationär – Ambulant

Donnerstag, 11.12.2014 und Freitag, 12.12.2014

Evangelisches Bildungs- und
Tagungszentrum Pappenheim
Stadtparkstraße 8 - 17
91788 Pappenheim

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Kinder und Jugendliche ihrem Entwicklungsstand entsprechend an allen sie betreffenden Entscheidungen zu beteiligen, ist ein Grundsatz der Kinder- und Jugendhilfe. Junge Menschen, die ihre Interessen vertreten können und gehört werden, erfahren Selbstwirksamkeit und lernen, Verantwortung für sich und für andere zu übernehmen.

Kinder und Jugendliche zu beteiligen, ist aber oft leichter gesagt als getan. Sowohl beim Aufbau als auch der Weiterentwicklung partizipativer Strukturen stellen sich in der Praxis spannende und vielfältige Fragen. Die Diskussion darüber, in welcher Weise, in welchem Umfang und in welchen Angelegenheiten junge Menschen in unseren Einrichtungen in das Alltagsgeschäft beispielsweise einer stationären Wohngruppe, einer Erziehungsstelle oder im Rahmen von ambulanten Angeboten der Familienhilfe beteiligt werden sollten - gibt Anlass zur Diskussion.

Unter dem Motto „Miteinander reden - voneinander lernen“ lädt der Evangelisch Erziehungsverband Fachkräfte aus Einrichtungen der stationären, teilstationären und ambulanten Kinder- und Jugendhilfe zum Erfahrungsaustausch ein!

Die Fachtagung steht unter dem Titel
Wie Partizipation gelingen kann....
- *Beteiligung praktisch leben/ erlebbar machen* -

Ein praxisorientierter Austausch mit fachlichen Inputs, Workshops und Gesprächen wird den Tagungsverlauf prägen. Wie die offensive Beteiligung junger Menschen gestaltet werden kann, ist dabei eine leitende Fragestellung. Zur Unterstützung haben wir am ersten Tag eine externe Begleitung und einen profunden Kenner der Materie eingeladen, der uns mit Grundinformationen, Hypothesen und Impulsen in die Thematik einführen wird. Wir erwarten hierzu den Sozialpsychologen

Herrn Professor Dr. Heiner Keupp
Ludwig Maximilian Universität München und Freie Universität Bozen - Brixen

Im Rahmen der Tagung wird zudem ausreichend Zeit und Gelegenheit sein, sich über landesweite Entwicklungen zu verständigen, sich wechselseitig zu informieren sowie zu neuen Konzepten oder Herangehensweisen (Neues) auszutauschen und damit die Erfahrung von KollegInnen für sich nutzbar zu machen (zu erfahren). Weitere Informationen zu Tagungsablauf, Inhalten und Anmeldemodalitäten finden Sie nachfolgend - wir freuen uns auf Ihr Interesse und Kommen.

Sigrun Maxzin-Weigel
1. Vorsitzende eev

Bernhard Zapf
Geschäftsführung eev

Rückfragen an die Geschäftsstelle: Tel.: 0911 9354-284 oder 9354-283, Mail: silbermann@diakonie-bayern.de

Neue Erste Vorsitzende des eev: Sigrun Maxzin-Weigel

Neue Erste Vorsitzende des Evangelischen Erziehungsverbandes (eev) in Bayern ist Sigrun Maxzin-Weigel, die bisher bereits dem eev-Vorstand angehörte.

Seit mittlerweile elf Jahren leitet die Diplom-Pädagogin gemeinsam mit ihrem Mann, Diplom-Sozialpädagoge Hannes Weigel, das Evangelische Kinder- und Jugendhilfezentrum Augsburg. Die moderne Jugendhilfeeinrichtung der Stiftung Evangelisches Waisenhaus und Klaukehaus Augsburg, eine der ältesten evangelischen Stiftungen Deutschlands, unterstützt belastete Familien mit teilweise traumatisierten Kindern. Derzeit werden rund 450 Kinder und Jugendliche in Stadt und Landkreis Augsburg sowie Landkreis Aichach-Friedberg stationär, teilstationär oder ambulant betreut.

In Tradition der Stiftung lebt die dreifache Mutter mit ihrer Familie auf dem Gelände der Jugendhilfeeinrichtung und hat so stets ein offenes Ohr für die Nöte der Kinder.

Die gebürtige Münchnerin ist der evangelischen Kirche in Augsburg schon lange verbunden: So arbeitete sie elf Jahre beim Evangelischen Jugendwerk Augsburg als Jugendreferentin.



*Foto: Sigrun Maxzin-Weigel
Fotoquelle: EvKi/Plössel*

Weitere Mitglieder des Vorstandes sind: Martin Leimert, Geschäftsführer, Kinder- und Jugendhilfe Puckenhof, Kerstin Becher Schröder, Abteilungsleiterin, Kinder- und Jugendhilfe Herzogsägmühle und Stefan Reither, Leitung des Ernst Nägelsbachhauses Sulzbach-Rosenberg

Neustart

Neue Bereichsleitung für stationäre Wohngruppen im Bezzelhaus Gunzenhausen

Schon im Oktober letzten Jahres war mir die Stellenausschreibung für die Bereichsleitung der stationären Wohngruppen im Bezzelhaus ins Auge gefallen. Obwohl ich es interessant fand, kamen immer wieder alle möglichen Zweifel bei mir auf. Kann ich die Aufgabe überhaupt bewältigen, die Arbeit mit den Wohngruppen gefällt mir doch immer noch, aber meine Kolleginnen/en sind mir ans Herz gewachsen, bin ich qualifiziert genug, und überhaupt - Gunzenhausen ist ja auch nicht gerade der Nabel der Welt.

Das alles und noch viel mehr ging mir durch den Kopf und trotz der vielen Fragen wurde meine Lust auf etwas Neues immer größer. Nachdem vor Weihnachten die Stellenanzeige immer noch im Netz zu finden war, wagte ich kurz entschlossen den Schritt und setzte mich mit dem Bezzelhaus in Verbindung. Die Bewerbung erledigte ich an einem Wochenende, was nach 20 Jahren beim gleichen Arbeitgeber eine echte Herausforderung war!

Nun bin ich seit dem 1.4.2014 als Bereichsleitung im Bezzelhaus tätig und habe meinen Mut für einen Neustart nicht bereut. Meine langjährige Erfahrung, angefangen von Leitung einer integrativen Kita über Erfahrung in der sozialen Gruppenarbeit, Tätigkeit als Elternkursleitung, Sozialpädagogische Familienhilfe bis hin zur pädagogischen Leitung von Familienwohngruppen, erleichtern mir die Einarbeitungszeit.

Im Bezzelhaus bin ich auf fachlich sehr qualifizierte Kolleginnen/en gestoßen, der menschliche Umgang miteinander hat mich schnell gut ankommen lassen. Schon nach dieser kurzen Zeit fühle mich als „Teil des Ganzen“.

Und der Fahrtweg von einer Stunde zum „Nabel der Welt“ lässt sich auch ganz gut bewerkstelligen!

Karin Kuhn
Bereichsleitung
Stationäre Wohngruppen im Bezzelhaus/ Gunzenhausen

Systemische Arbeitsweisen in der Teambberatung

Fachtag für Fachdienste der evangelischen Einrichtungen in Bayern

Der Vorstand des evangelischen Erziehungsverbandes beschloss einen interdisziplinären Fachausschuss für Fachdienste ins Leben zu rufen. Ziele sollten sein: Fachdienstliche Leistungen im Kontext der Weiterentwicklung erzieherischer Hilfen zu sehen

- Die Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit
- Gemeinsame Planung und Durchführung von Fachtagungen und Fachveranstaltungen

2009 hat sich der interdisziplinäre Fachausschuss Fachdienste des evangelischen Erziehungsverbandes gebildet. Seitdem haben fünf Fachtage für Fachdienste der evangelischen Einrichtungen in Bayern stattgefunden. Wir haben einen Fragebogen erarbeitet in dem erhoben wurde, welche differenzierte Aufgaben Fachdienste mit welchen Qualifikationen erfüllen und was der „Auftrag“ für den Fachausschuss Fachdienste sein sollte. Dies wurde an einem Fachdiensttag vorgestellt und unter der Überschrift: - „Wie geht Fachdienst“ diskutiert. Dr. Harald Tornow hat zum Thema „Abbrüche in der Jugendhilfe referiert“, Thomas Hegemann zum Thema: „Lösungsorientierte Arbeit mit Kindern und Jugendlichen - Ich schaff das!“ Des weiteren veranstalteten wir im Rahmen eines Fachtages eine Podiumsdiskussion zum Thema: „Konzeptionelle Entwicklung von Fachdiensten“. Ein weiterer Fachdiensttag war dem Thema „Trauma“ gewidmet, bei dem uns Fachdienstkollegen unterstützten und am Nachmittag Workshops zum Thema anboten.

2012 haben wir versucht, Interventionsgruppen in Nord- und Südbayern sowie in der Region Mitte zu installieren. Zustande gekommen ist eine Interventionsgruppe in der Region Mitte. Diese trifft sich vier bis fünf mal im Jahr und betreibt Fallarbeit nach dem Heilsbronner Modell der kollegialen Beratung. Die Intervention wird als bereichernd und hilfreich für die Reflexion der eigenen Arbeit erlebt.

Der Fachtag im März 2014 fand zum Thema: „Systemische Arbeitsweisen in der Teambberatung“ statt. Als Referenten konnten wir Herrn Prof. Dr. phil. Johannes Herwig-Lempp, Lehrstuhlinhaber für Sozialarbeitswissenschaften/Systemische Sozialarbeit an der Hochschule Merseburg, Fachbereich Soziale Arbeit, gewinnen. Er ist Autor des Buches „Ressourcenorientierte Teamarbeit, Systemische Praxis der kollegialen Beratung“.

Prof. Herwig-Lempp gestaltete einen inhaltlich differenzierten und methodisch abwechslungsreichen Fachtag zum Thema ressourcenorientierte Techniken in der Teambberatung. Von Beginn an gelang es, die ca. 60 TeilnehmerInnen für sein in langjähriger Praxis entwickeltes Konzept der „Kollegialen Beratung“ zu ambitionieren. Mit erfreulich wenig theorielastigen Inputs und unter Verzicht auf mediale Präsentationstechniken, wurden unterschiedliche Methoden für die Fallarbeit über die „Entwicklung der konkreten Fragestellung“, zur „Ideensammlung durch Methoden des „Gehirnjoggings“ bis hin zu den Möglichkeiten der „Erweiterung von Sichtweisen und Perspektiven“ sowohl im Plenum, als auch in Kleingruppen munter ausprobiert und dadurch nachvollziehbar vermittelt.

Herwig-Lempp moderierte sowohl den Vor- aus auch den Nachmittagsworkshop. Bei aller inhaltlichen Dichte blieb ausreichend Zeit für den fachlichen und persönlichen Austausch über die Regionen und Einrichtungen hinaus, nicht zuletzt während des vorzüglich abwechslungsreichen Mittags- Buffets im Cafe des Südstadt-Forums, welches sich als insgesamt geeigneter Tagungsort empfehlen konnte.

Fachausschuss für Fachdienste
Armin Gembs
Christine Müller-Pfingstgraef

50 Jahre zusammen. bewegen

Diakonie Hasenberg l feiert ihren 50 Geburtstag mit Festgottesdienst, Festakt und einem Stadtteilfest

Beim offiziellen Festakt zum Jubiläum zogen die Vorstände Eva Grundner und Gereon Kugler in ihrer Festrede Bilanz: was hat uns bewegt, was haben wir bewegt, was bewegt uns. Der Dank der Vorstände galt dabei vor allem den 350 festangestellten und 130 ehrenamtlichen Mitarbeitenden des Vereins. Zum Ausdruck kam dies auch bei der Übergabe der Urkunde „München dankt“ an Ehrenamtliche durch die frisch gewählte Bürgermeisterin Christine Strobl.

Lobende Worte erhielt der Verein auch durch Michael Bammessel, Präsident des Diakonischen Werks Bayern, Bezirksrat Dr. Rainer Grossmann, Stadträtin Jutta Koller und den Leiter des Sozialbürgerhauses München Nord, Herrn Ignaz Steinhuber.

Zum Festgottesdienst am Sonntag, 25. Mai kamen ca. 300 Menschen. Das Vorbereitungsteam aus Evangeliumskirche und Diakonie hatte die Geschichte von Bartimäus zum Vorbild genommen um diakonische Arbeit darzustellen.

Zusammen mit dem Posaunenchor gingen die Besucher/innen des Gottesdienstes anschließend zur Festwiese am Dülferanger, auf der das Stadtteilfest stattfand.

Über 20 kostenlose Spielmöglichkeiten für Kinder – das ließen sich ca. 3000 Münchnerinnen und Münchner aller Kulturen beim Stadtteilfest nicht entgehen. Klein und Groß feierten gemeinsam mit der Diakonie Hasenberg l das 50-jährige Jubiläum des Vereins.

Die Vorsitzenden der Bezirksausschüsse Feldmoching-Hasenberg l und Milbertshofen-Am Hart, Markus Auerbach und Fredy Hummel-Haslauer, eröffneten das Fest um 12.30 Uhr und gaben damit den Startschuss für ein von Sonnenschein gesegnetes Familienfest.

Interkulturell war auch das Bühnenprogramm im Zelt – dieses war bis auf den letzten Platz gefüllt. Besondere Highlights: zwei Flamenco-Tänzerinnen, die mit ihren flotten Schritten das Publikum zum Staunen brachten und die Chöre des städtischen Sophie-Scholl-Gymnasiums in Schwabing – stimmungsgewaltig waren die rund 50 Schülerinnen bis weit über den Festplatz zu hören.

Ein Fest für alle Bürgerinnen und Bürger Münchner Nordens – die Zahl der Besucher überstieg alle Erwartungen.

„Ein besonderer Dank gilt den zahlreichen Helferinnen und

Helfern innerhalb des Vereins und des Tochterunternehmens Passt GmbH, die für einen reibungslosen Auf- und Abbau unserer Veranstaltungen gesorgt haben – ganz nach dem Diakonie-Motto zusammen. tun.“ freut sich Eva Grundner, Vorstand der Diakonie Hasenberg l. Und Gereon Kugler, ebenfalls Vorstand, ist glücklich über „ein vorbildliches und interkulturelles Stadtteilfest, durch das der Verein noch mehr an Bekanntheit gewonnen hat“.



Mit wenigen Mitteln aber mit viel persönlichen Einsatz gründete Otto Steiner, Pfarrer der Evangeliumskirche, 1964 die Diakonie Hasenberg l unter ihrem damaligen Namen „Sozialer Beratungsdienst der Evangeliumskirchengemeinde München-Hasenberg l e.V.“ Der Verein ist mit fast 50 Einrichtungen in den Sozialregionen Feldmoching-Hasenberg l, Milbertshofen-Am Hart, Ramersdorf-Perlach, Allach-Untermenzing und Schwabing-Freimann tätig. Er engagiert sich in den Bereichen Kinderbetreuung, Unterrichtung von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf, Qualifizierung von Arbeitssuchenden und Betreuung von Senioren. Die Diakonie Hasenberg l ist ein wichtiger Arbeitgeber im Münchner Norden, da dort die meisten Einrichtungen des Vereins angesiedelt sind.

Mit ihrer diakonischen und sozialen Arbeit erhöht die Diakonie Hasenberg l die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen, fördert die Wiedereingliederung ins Berufsleben und trägt zur Verbesserung der Lebensqualität auch in besonderen und schwierigen Lebenslagen bei.

Eva Grundner